

Bericht über Solvabilität und Finanzlage

Öffentliche Lebensversicherungsanstalt Oldenburg

Geschäftsjahr 2017

Zusammenfassung	5
A. Geschäftstätigkeit und Geschäftsergebnis	8
A.1 Geschäftstätigkeit	8
A.2 Versicherungstechnische Leistung	10
A.3 Anlageergebnis.....	14
A.4 Entwicklung sonstiger Tätigkeiten.....	18
A.5 Sonstige Angaben	18
B. Governance-System	19
B.1 Allgemeine Angaben zum Governance-System.....	19
B.2 Anforderungen an die fachliche Qualifikation und persönliche Zuverlässigkeit	22
B.3 Risikomanagementsystem einschließlich der unternehmenseigenen Risiko- und Solvabilitätsbeurteilung	25
B.4 Internes Kontrollsystem	27
B.5 Funktion der internen Revision	29
B.6 Versicherungsmathematische Funktion	30
B.7 Outsourcing	31
B.8 Sonstige Angaben	33
C. Risikoprofil	34
C.1 Versicherungstechnisches Risiko	35
C.2 Marktrisiko	38
C.3 Kreditrisiko	41
C.4 Liquiditätsrisiko.....	42
C.5 Operationelles Risiko.....	42
C.6 Andere wesentliche Risiken	42
C.7 Sonstige Angaben	43
D. Bewertung für Solvabilitätszwecke	44
D.1 Vermögenswerte	44
D.2 Versicherungstechnische Rückstellungen	47
D.3 Sonstige Verbindlichkeiten	50
D.4 Alternative Bewertungsmethoden	51
D.5 Sonstige Angaben	51
E. Kapitalmanagement	52
E.1 Eigenmittel.....	52
E.2 Solvenzkapitalanforderung und Mindestkapitalanforderung	54
E.3 Verwendung des durationsbasierten Untermoduls Aktienrisiko bei der Berechnung der Solvenzkapitalanforderung.....	55

E.4 Unterschiede zwischen der Standardformel und etwa verwendeten internen Modellen	55
E.5 Nichteinhaltung der Mindestkapitalanforderung und Nichteinhaltung der Solvenzkapitalanforderung.....	55
E.6 Sonstige Angaben	55
Glossar	57
Zu veröffentlichende Meldebögen.....	62

Durch den Ausweis in Tausend Euro kann es zu Rundungsdifferenzen kommen, da die Berechnung der Einzelpositionen auf Zahlen in Euro basiert.

Zusammenfassung

Die Öffentliche Lebensversicherungsanstalt Oldenburg wurde im Jahr 1923 gegründet. Als öffentlich-rechtlicher Versicherer bietet sie ihren Kunden Versicherungslösungen für die Bereiche Altersvorsorge, Hinterbliebenenversorgung und Daseinsvorsorge an. In der Altersvorsorge werden sowohl Produkte mit langfristigen Garantien als auch kapitalmarktnahe Produkte bereitgestellt.

Geschäftstätigkeit und Geschäftsergebnis

Die gebuchten Bruttobeiträge liegen im Geschäftsjahr bei 77.501 Tausend Euro. Die Aufwendungen für Versicherungsfälle einschließlich der Rückkäufe nehmen um 21,1 % auf 67.157 Tausend Euro ab. Die Bruttoaufwendungen für den Versicherungsbetrieb betragen 8.047 Tausend Euro. Die Abschlusskostenquote ist rückläufig und liegt bei 4,7 % der Beitragssumme des Neugeschäfts. Die Verwaltungskostenquote beträgt 2,3 % der Bruttobeitragseinnahme und liegt damit auf Branchenniveau. Die Nettoverzinsung der Kapitalanlage ergibt sich in Höhe von 2,9 %.

Governance-System

Die Öffentliche Lebensversicherungsanstalt Oldenburg verfügt über ein effizientes und dem unternehmenseigenen Risikoprofil angemessenes Governance-System. Es stellt u.a. über verschiedene Gremien und schriftliche Leitlinien sicher, dass sämtliche von der Aufsicht geforderten Anforderungen erfüllt werden. Zudem dient das Governance-System der Identifizierung, Steuerung und Kontrolle von Risiken, die das Unternehmen eingeht. Einen wesentlichen Teil des Governance-Systems bilden die in den Kapiteln B.3 – B.6 beschriebenen Schlüsselfunktionen.

Risikoprofil

Das Versicherungsaufsichtsrecht sieht vor, dass Versicherungsunternehmen die Risiken, die sie eingehen, mit Hilfe eines komplexen mathematischen Modells bewerten. Aus dem Modell ergibt sich eine Kapitalanforderung¹, die den Eigenmitteln des Unternehmens gegenübergestellt wird. Die Eigenmittel müssen mindestens so hoch wie die Kapitalanforderung sein. Um wieviel die Eigenmittel die Kapitalanforderung übersteigt, kann an der Bedeckungsquote abgelesen werden.

Die beiden größten Risikokategorien sind das Marktrisiko und das versicherungstechnische Risiko Leben. Das Marktrisiko umfasst sämtliche Risiken, die sich durch Veränderungen am Kapitalanlagemarkt ergeben, wie beispielsweise Zinsänderungen, Schwankungen an den Aktien- und Immobilienmärkten, die Bonitätsverschlechterung von Emittenten oder Währungskursschwankungen. Das versicherungstechnische Risiko Leben beinhaltet insbesondere das Risiko, dass die vom Versicherungsunternehmen eingenommenen Prämien sowie gestellten Reserven nicht ausreichen, um eingetretene Versicherungsfälle zu decken.

¹Unter Solvency II müssen Versicherer über so viel Kapital verfügen, dass sie selbst Negativereignisse verkraften können, die, statistisch betrachtet, nur einmal in 200 Jahren auftreten.

Im Jahr 2017 wurden die Risiken aus Invaliditätsabsicherungen erstmals im Risikomodul Gesundheit bewertet. Zuvor waren die Risiken im Risikomodul Leben bewertet worden.

Die folgende Tabelle zeigt die Solvabilitätskapitalanforderung (SCR), aufgeteilt nach verschiedenen Risikokategorien, sowie die Eigenmittel und Bedeckungsquote der Öffentlichen Lebensversicherungsanstalt Oldenburg.

Solvabilitätskapitalanforderung (in Tausend EUR)	31.12.2017	Vorjahr
Versicherungstechnisches Risiko Leben	20.323	26.404
Versicherungstechnisches Risiko Gesundheit	7.874	-
Marktrisiko	61.584	73.728
Ausfallrisiko	1.067	863
Risikomodul Immaterielle Vermögenswerte	0	0
Diversifikationseffekt	-18.289	-16.435
Operationelles Risiko	4.453	4.489
Risikoabsorption durch latente Steuern	-5.639	-27.774
Gesamt	71.374	61.274

Bewertung für Solvabilitätszwecke

In Kapitel D werden die Methoden und Annahmen beschrieben, die bei der Bilanzierung und Bewertung der Vermögenswerte und Verbindlichkeiten zu Grunde gelegt werden. Die Unterschiede zwischen marktwertorientierter Bewertung und HGB-Bilanzierung werden erläutert.

in Tausend EUR	Solvency II	HGB
Vermögenswerte	1.241.777	1.161.860
Versicherungstechnische Rückstellungen	991.420	1.108.723
Sonstige Verbindlichkeiten	78.097	38.630
Überschuss der Vermögenswerte über die Verbindlichkeiten	172.259	14.508

Kapitalmanagement

Unter Berücksichtigung des Diversifikationseffektes sowie der risikomindernden Wirkung latenter Steuervorteile ergibt sich eine Solvabilitätskapitalanforderung in Höhe von 71.374 Tausend Euro. Diesem Betrag stehen unter Verwendung aufsichtsrechtlicher Anpassungen Eigenmittel in Höhe von 172.259 Tausend Euro gegenüber, sodass die Kapitalanforderung zu 241 % bedeckt ist.

Ohne Verwendung der Volatilitätsanpassung nach § 82 VAG stehen dem SCR in Höhe von 75.764 Tausend Euro anrechenbare Eigenmittel in Höhe von 170.979 Tausend Euro gegenüber, sodass die Bedeckungsquote 226 % beträgt. Ohne Verwendung der Übergangsmaßnahme für versicherungstechnische Rückstellungen nach § 352 VAG stehen dem SCR in Höhe von 74.776 Tausend Euro anrechenbare Eigenmittel in Höhe von 27.579 Tausend Euro gegenüber, sodass die Bedeckungsquote 37 % beträgt

Aufgrund der hohen Zinsabhängigkeit des Lebensversicherungsgeschäftes ist die Solvabilitätssituation der Öffentlichen – wie die aller deutschen Lebensversicherer –

Schwankungen unterworfen. Unter Anwendung der im Versicherungsaufsichtsgesetz vorgesehenen Maßnahmen verfügt die Öffentliche Lebensversicherungsanstalt Oldenburg über ausreichende Eigenmittel. Das umfangreiche Governance-System trägt zudem dazu bei, dass die Risikosituation der Lebensversicherungsanstalt kontrolliert und tragfähig ist.

A. Geschäftstätigkeit und Geschäftsergebnis

A.1 Geschäftstätigkeit

Die Öffentliche Lebensversicherungsanstalt Oldenburg ist eine Anstalt des öffentlichen Rechts, deren Rechtsverhältnisse sich nach dem Gesetz über die öffentlich-rechtlichen Versicherungsunternehmen in Niedersachsen (NÖVersG) und den ergänzenden Regelungen der Satzung bestimmen.

Träger des Unternehmens sind die Landschaftliche Brandkasse Hannover und der Sparkassenverband Niedersachsen (SVN) zu je 45 % sowie das Land Niedersachsen zu 10 %. Der SVN hat zum 01.07.2007 die Ausübung seiner mit der Trägerschaft verbundenen Rechte treuhänderisch auf die Landschaftliche Brandkasse Hannover übertragen.

Die Öffentliche Lebensversicherungsanstalt Oldenburg ist damit Teil einer Versicherungsgruppe unter Führung der Landschaftlichen Brandkasse Hannover. Die folgende Abbildung gibt einen Überblick über die Struktur dieser Gruppe.



VGH-Unternehmensgruppe

Gemäß NÖVersG wird die Rechtsaufsicht über die Öffentliche Lebensversicherungsanstalt Oldenburg vom Niedersächsischen Finanzministerium ausgeübt.

Niedersächsisches Finanzministerium
Schiffgraben 10
30159 Hannover

Die Fachaufsicht wird vom Niedersächsischen Wirtschaftsministerium ausgeübt.

Niedersächsisches Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Digitalisierung
Friedrichswall 1
30159 Hannover

Als Wirtschaftsprüfer wurde beauftragt:

PricewaterhouseCoopers GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Fuhrberger Straße 5
30625 Hannover

In ihrem Geschäftsgebiet, das aus dem ehemaligen Land Oldenburg besteht, betreibt die Öffentliche Lebensversicherungsanstalt Oldenburg im selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft folgende Versicherungszweige und -arten:

Einzelversicherungen

Kapitalbildende Lebens- und Rentenversicherungen

Berufsunfähigkeitsversicherungen

Erwerbsunfähigkeitsversicherungen

Fondsgebundene Rentenversicherungen

Kollektivversicherungen

Kapitalbildende Lebensversicherungen

Direktversicherungen

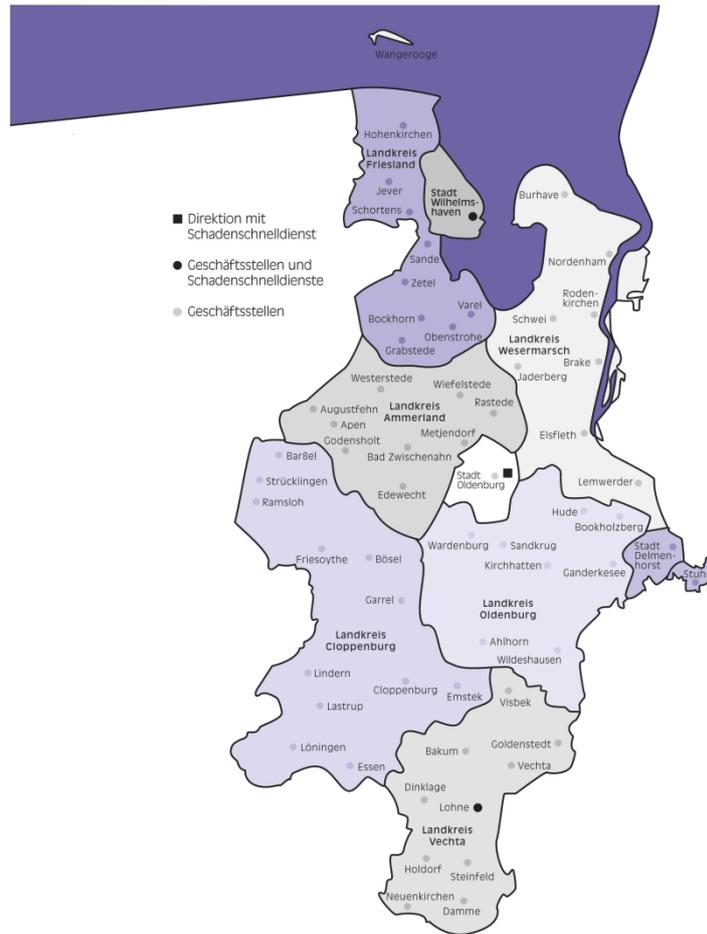
Rückdeckungsversicherungen

Zusatzversicherungen

Unfall-Zusatzversicherungen

Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherungen

Hinterbliebenenrenten-Zusatzversicherungen



Geschäftsgebiet der Öffentlichen Lebensversicherungsanstalt Oldenburg

Im Geschäftsjahr 2017 konnte die Risikoposition der Öffentlichen Leben gefestigt werden. Die höhere Beimischung biometrischer Risiken führt zu einer verbesserten Risikodiversifikation im Bestand. Die Deckungsrückstellung ist unter anderem durch den Aufbau der Zinszusatzreserve weiter gestärkt worden. Durch den mit der Oldenburgischen Landesbrandkasse bestehenden Rückversicherungsvertrag konnten zudem bei diesem Aufbau Bewertungsreserven auf Kapitalanlagen geschont werden.

A.2 Versicherungstechnische Leistung

Die Beitragssumme des Neugeschäfts belief sich im Jahr 2017 auf 133,6 Mio. Euro². Der Anteil der biometrischen Produkte am Neugeschäft konnte auf rund 31 % gesteigert werden. Auf die betriebliche Altersversorgung entfiel ein Anteil von rund 29 %. Der gesamte Zugang nach laufendem Beitrag für ein Jahr beläuft sich auf 4,1 Mio. Euro (Vorjahr: 4,4 Mio. Euro). Der Neuzugang an Einmalbeiträgen geht mit 8,9 Mio. Euro (Vorjahr: 21,1 Mio. Euro) spürbar zurück. Durch die zu Jahresbeginn erfolgte Absenkung des Garantiezinses hat das Produktsegment mit klassischen Garantien an Attraktivität eingebüßt.

² Abweichend vom übrigen Teil des Berichts erfolgt die Darstellung von Geldbeträgen in diesem Unterkapitel nicht in Tausend Euro, sondern wie im Geschäftsbericht in Mio. Euro.

Der Kapitalanlagebestand, der in erster Linie die Entwicklung der Deckungsrückstellung und der Rückstellung für Beitragsrückerstattung widerspiegelt, nimmt um 3,5 % auf 1 118,5 Mio. Euro zu. Die Nettoverzinsung beträgt wie im Vorjahr 2,9 %.

Die Deckungsrückstellung wächst durch die Verzinsung der Versichertenguthaben sowie den Zugang aus Beiträgen und Zulagen um 43,6 Mio. Euro auf 1 044,5 Mio. Euro. In dem Anstieg der Deckungsrückstellung ist eine weitere Zuführung zur so genannten Zinszusatzreserve von 19,8 Mio. Euro enthalten, mit der künftige Garantieverpflichtungen finanziert und gesichert werden. Die Rückstellung für Beitragsrückerstattung nahm per Saldo auch aufgrund der hohen Anforderungen an die Bildung der Zinszusatzreserve um 1,0 Mio. Euro auf 53,0 Mio. Euro ab.

Die Öffentliche Lebensversicherungsanstalt Oldenburg hat im Jahr 2016 einen Quoten-Rückversicherungsvertrag mit der Oldenburgischen Landesbrandkasse abgeschlossen. Dieser langfristig ausgerichtete Vertrag sieht die Übernahme von Zins- und biometrischen Risiken durch die Oldenburgische Landesbrandkasse vor. Im abgelaufenen Geschäftsjahr erfolgten Anpassungen bei den berücksichtigten Beständen. Der Öffentlichen Lebensversicherungsanstalt wurde im Zuge dieses Vertrages ein Depot in Höhe der zedierten Deckungsrückstellung als Sicherheit zur Verfügung gestellt. Auf das Depot wurden im Geschäftsjahr Zinsen gezahlt. Im abgelaufenen Geschäftsjahr konnte, wie im Vorjahr, mit den Zuflüssen aus dem Vertrag ein Großteil des Aufwandes für die Bildung der Zinszusatzreserve finanziert werden.

Überschussbeteiligung der Versicherungsnehmer

Die Zinsüberschussbeteiligung wird so festgesetzt, dass sich im Jahr 2018 bei den kapitalbildenden Versicherungen zusammen mit dem Rechnungszins ein Zinsüberschuss in Höhe von 2,1 % des Versicherungsguthabens ergeben wird. In Tarifwerken mit höherem Rechnungszins wird dieser zugrunde gelegt. Es wird eine Sockelbeteiligung an den Bewertungsreserven gewährt. Darüber hinaus erfolgt eine Ausschüttung in Form der Direktgutschrift für den individuellen Anteil an den verteilungsfähigen Bewertungsreserven, soweit die Leistung aus der Sockelbeteiligung an den Bewertungsreserven überschritten wird und dem kein Sicherheitsbedarf gegenübersteht. Einzelheiten zur Überschussbeteiligung sind dem im Anhang abgedruckten Plan zu der Überschussbeteiligung für die Lebensversicherung im Jahre 2018 zu entnehmen.

Bestandsentwicklung

Die Gesamtversicherungssumme bei der Öffentlichen Lebensversicherungsanstalt Oldenburg steigt um 3,5 % auf 3,698 Mrd. Euro. Der Bestand an Lebensversicherungen ist im abgelaufenen Geschäftsjahr auf 111 594 Verträge leicht rückläufig (- 0,2 %). Der laufende Beitrag des Bestandes nimmt um 1,1 % auf 70,8 Mio. Euro ab. Trotz guter Stornoquote kann das Neugeschäft die Abläufe und Abgänge nicht ganz kompensieren.

Die Stornoquote wird in Höhe von 2,6 % (Vorjahr: 2,7 %) ausgewiesen. Die Stornoquote des Marktes liegt weiter deutlich oberhalb des Werts der Öffentlichen Lebensversicherungsanstalt Oldenburg.

Bewegung des Bestandes an selbst abgeschlossenen Lebensversicherungen im Geschäftsjahr 2017	Gesamtes selbst abgeschlossenes Versicherungsgeschäft		
	nur Hauptversicherungen	Haupt- und Zusatzversicherungen	
	Anzahl der Versicherungen	Lfd. Beitrag für ein Jahr	Einmalbeitrag
I. Bestand am Anfang des Geschäftsjahres	111.796	71.532	0
II. Zugang während des Geschäftsjahres			
1. Neuzugang			
a) eingelöste Versicherungsscheine	4.936	4.126	8.894
b) Erhöhungen der Versicherungssummen (ohne Pos. 2.)	0	-42	0
2. Erhöhungen der Versicherungssummen durch Überschussanteile	0	0	0
3. Übriger Zugang	3	0	0
4. Gesamter Zugang	4.939	4.084	8.894
III. Abgang während des Geschäftsjahres			
1. Tod, Berufsunfähigkeit, etc.	424	154	0
2. Ablauf der Versicherung/Beitragszahlung	2.061	1.655	0
3. Rückkauf und Umwandlung in beitragsfreie Versicherungen	2.106	1.532	0
4. Sonstiger vorzeitiger Abgang	547	324	0
5. Übriger Abgang	3	1.185	0
6. Gesamter Abgang	5.141	4.850	0
IV. Bestand am Ende des Geschäftsjahres	111.594	70.766	8.894

Struktur des Bestandes an selbst abgeschlossenen Lebensversicherungen (ohne Zusatzversicherungen)	Gesamtes selbst abgeschlossenes Versicherungsgeschäft
Anzahl der Versicherungen	
1. Bestand am Anfang des Geschäftsjahres	111.796
davon beitragsfrei	10.861
2. Bestand am Ende des Geschäftsjahres	111.594
davon beitragsfrei	10.589
Struktur des Bestandes an selbst abgeschlossenen Zusatzversicherungen	Zusatzversicherungen insgesamt
1. Bestand am Anfang des Geschäftsjahres	10.962
2. Bestand am Ende des Geschäftsjahres	9.180

Einzelversicherungen								Kollektivversicherungen	
Kapitalversicherungen		Risikoversicherungen		Rentenversicherungen		Sonstige Lebensversicherungen			
Anzahl der Vers.	Lfd. Beitrag für ein Jahr	Anzahl der Vers.	Lfd. Beitrag für ein Jahr	Anzahl der Vers.	Lfd. Beitrag für ein Jahr	Anzahl der Vers.	Lfd. Beitrag für ein Jahr	Anzahl der Vers.	Lfd. Beitrag für ein Jahr
23.366	17.485	12.617	4.103	67.672	45.012	402	309	7.739	4.623
581	364	1.155	437	2.360	2.543	517	478	323	304
0	0	0	0	0	-37	0	0	0	-5
0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0	0	3	0
581	364	1.155	437	2.360	2.506	517	478	326	299
175	78	22	8	157	66	1	0	69	2
1.060	1.050	502	165	461	409	1	1	37	30
477	323	0	49	1.552	1.087	46	39	31	34
47	59	257	72	238	186	0	0	5	7
0	20	0	4	3	1.044	0	0	0	117
1.759	1.530	781	298	2.411	2.792	48	40	142	190
22.188	16.319	12.991	4.242	67.621	44.726	871	747	7.923	4.732

Einzelversicherungen				Kollektivversicherungen	
Kapitalversicherungen	Risikoversicherungen	Rentenversicherungen	Sonstige Lebensversicherungen		
23.366	12.617	67.672	402	7.739	
1.794	1.165	6.865	32	1.005	
22.188	12.991	67.621	871	7.923	
1.701	1.277	6.468	68	1.075	
Unfall-Zusatzversicherungen	BU- oder Invaliditäts-Zusatzversicherungen	Risiko- und Zeitrentenzusatzversicherungen	Sonstige Zusatzversicherungen		
4.313	5.875	11	763		
3.871	5.099	27	183		

Beitragseinnahmen

Die gebuchten Bruttobeiträge gehen im Vergleich zum Vorjahr um 14,2 % auf 77,5 Mio. Euro zurück. Dabei nehmen die laufenden Beiträge um 0,8 % auf 68,6 Mio. Euro (Markt: - 0,1 %) ab. Die Einmalbeiträge sind, bedingt durch die zu Jahresbeginn erfolgte Absenkung des Garantiezinses, um 57,9 % auf 8,9 Mio. Euro rückläufig. Der Anteil der laufenden Beiträge an der gesamten Beitragseinnahme beläuft sich auf rund 89 % (Markt: 71 %).

Die abgegebenen Rückversicherungsbeiträge reduzieren sich um 24,9 Mio. Euro auf 17,9 Mio. Euro. Ursächlich für die Veränderung ist der mit der Oldenburgischen Landesbrandkasse geschlossene Rückversicherungsvertrag, für den sich ein Rückgang von 24,6 Mio. Euro ergibt.

Die aus der Rückstellung für Beitragsrückerstattung entnommenen Beiträge werden auf Basis der Beitragsverrechnungen im Zusammenhang mit dem Bonussystem und durch die Beiträge aus Summenzuwachsen in Höhe von 4,3 Mio. Euro (Vorjahr: 4,5 Mio. Euro) ausgewiesen.

Versicherungsleistungen

Die Aufwendungen für Versicherungsfälle einschließlich der Rückkäufe nehmen um 21,1 % auf 67,2 Mio. Euro ab. Bei den Erlebensfalleistungen aus Abläufen ergibt sich ein Rückgang von 17,1 Mio. Euro auf 35,5 Mio. Euro. Das Vorjahr war durch Abläufe von 12-Jahres-Verträgen aus dem zugangsstarken Jahr 2004 beeinflusst. Die Aufwendungen für Rückkäufe nehmen um 1,3 Mio. Euro auf 12,6 Mio. Euro ab. Die Leistungen für Todesfälle liegen mit 4,7 Mio. Euro um 0,8 Mio. Euro unter dem Vorjahreswert. Die Rentenleistungen inklusive der Rentenleistungen und Rückstellungen für Berufsunfähigkeit des Geschäftsjahres liegen mit 13,3 Mio. Euro um 0,9 Mio. Euro über dem Vorjahreswert. Für Schadenregulierungskosten und Spätschäden wurden 1,2 Mio. Euro aufgewendet. Auf die Rückversicherung entfällt ein Anteil von 53,6 Mio. Euro (Vorjahr: 65,5 Mio. Euro) an den Aufwendungen für Versicherungsfälle. Der mit der Oldenburgischen Landesbrandkasse geschlossene Rückversicherungsvertrag trägt dabei einen Anteil von 51,5 Mio. Euro.

Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb

Die Bruttoaufwendungen für den Versicherungsbetrieb nehmen aufgrund geringer Provisionsaufwendungen und gesunkener Personalkosten im Innendienst um 1,8 Mio. Euro auf 8,0 Mio. Euro ab. Die Abschlusskostenquote ist rückläufig und liegt bei 4,7 % (Vorjahr: 5,5 %) der Beitragssumme des Neugeschäfts. Die Verwaltungskostenquote beträgt 2,3 % (Vorjahr 2,2 %) der Bruttobeitragseinnahme und liegt damit auf Branchenniveau.

A.3 Anlageergebnis

Im Umfeld eines historisch niedrigen Zinsniveaus wuchs der Kapitalanlagebestand bei der Öffentlichen Lebensversicherungsanstalt Oldenburg auf Buchwertbasis um 3,5 % auf 1 118.486 Tausend Euro.

Das vorläufige Nettoergebnis, ohne fondsgebundene Lebensversicherungen, für das Geschäftsjahr 2017 liegt bei 32.398 Tausend Euro. In den laufenden Kapitalerträgen ist eine außerordentliche Ausschüttung aus dem Dachfonds ÖVO-II in Höhe von 1.400 Tausend

Euro enthalten, die vor dem Hintergrund der neuen Regelungen zur Besteuerung von Investmentfonds ab 01.01.2018 erfolgte. Die durch vorzeitige Wertpapierveräußerungen realisierten Abgangsgewinne belaufen sich insgesamt auf 5.194 Tausend Euro.

Die Erträge aus Beteiligungen werden mit 561 Tausend Euro gegenüber dem Vorjahr um 563 Tausend Euro geringer ausgewiesen. Die Erträge aus Zuschreibungen auf Aktien und Fonds belaufen sich auf 269 Tausend Euro. Die Abschreibungen in Höhe von 931 Tausend Euro entfallen auf Grundstücke und Bauten (davon 467 Tausend Euro planmäßig). Die Erträge aus anderen Kapitalanlagen reduzieren sich von 29.920 Tausend Euro im Vorjahr auf 28.478 Tausend Euro.

Die Bewertungsreserven sind gegenüber dem Jahresanfang 2017 um 32.951 Tausend Euro auf nunmehr 117.244 Tausend Euro gesunken, dies entspricht 10,5 % des Buchwerts der Kapitalanlagen. Der Dachfonds ÖVO-II ist mit einem Buchwert in Höhe von 163.442 Tausend Euro dem Anlagevermögen zugeordnet. Im Geschäftsjahr wurde der Dachfonds um insgesamt 51.644 Tausend Euro aufgestockt. Die Bewertungsreserve beträgt 10.907 Tausend Euro. Bei der Bewertung von festverzinslichen Inhaberwertpapieren nach den für das Anlagevermögen geltenden Vorschriften im Gesamtbuchwert von 95.119 Tausend Euro ergeben sich Bewertungsreserven in Höhe von insgesamt 18.509 Tausend Euro sowie eine stille Last von 444 Tausend Euro, für die ein Ausgleich zum Laufzeitende erwartet wird.

Die laufende Durchschnittsverzinsung nach Verbandsformel beträgt 2,5 % (Vorjahr: 2,8 %) des durchschnittlichen Kapitalanlagebestandes. Die Nettoverzinsung ergibt sich in Höhe von 2,9 % (Vorjahr: 2,9 %). Die vollständige Nettoverzinsung, inklusive der Veränderung der Bewertungsreserven, beträgt -0,1 % (Vorjahr: 6,1 %).

	Bilanzwerte Vorjahr	Zugänge
A. Immaterielle Vermögensgegenstände		
1. entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	106	88
2. geleistete Anzahlungen		
3. Summe A.	106	88
B. I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	12.578	52
B. II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen		
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	925	0
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	13.290	0
3. Beteiligungen	6.946	0
4. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	3.333	889
5. Summe B.II.	24.494	889
B. III. Sonstige Kapitalanlagen		
1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	116.423	52.666
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	187.826	24.780
3. Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen	42.456	315
4. Sonstige Ausleihungen		
a) Namensschuldverschreibungen	406.000	0
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	275.148	44.634
c) Darlehen und Vorauszahlungen auf Versicherungsscheine	2.769	191
d) übrige Ausleihungen	9.966	245
Summe zu 4.	693.883	45.070
5. Einlagen bei Kreditinstituten	2.600	0
6. Andere Kapitalanlagen	0	0
7. Summe B.III.	1.043.188	122.831
Insgesamt	1.080.366	123.860

Umbuchungen	Abgänge	Zuschreibungen	Abschreibungen	Bilanzwerte Geschäftsjahr	Zeitwerte Geschäftsjahr
0	0	0	37	157	
0				0	
0	0	0	37	157	
0	0	0	931	11.698	14.775
0	0	0	0	925	925
0	0	0	0	13.290	13.844
0	20	0	0	6.926	11.169
0	2.526	0	0	1.696	1.696
0	2.546	0	0	22.838	27.635
0	4.271	114	0	164.933	175.883
0	30.730	155	0	182.031	212.359
0	5.099			37.672	40.393
0	38.000	0	0	368.000	413.082
0	309	0	0	319.474	340.215
0	807	0	0	2.153	2.750
	524			9.687	9.164
0	39.639	0	0	699.314	765.211
0	2.600	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0
0	82.339	269	0	1.083.949	1.193.847
0	84.884	269	969	1.118.642	1.236.257

A.4 Entwicklung sonstiger Tätigkeiten

Das sonstige Ergebnis beläuft sich auf -1.917 Tausend Euro (Vorjahr: -2.239 Tausend Euro). Im Vergleich zum Vorjahr ergaben sich geringere Jahresabschlusskosten sowie geringere Aufwendungen für den Pensions-Sicherungs-Verein (PSVaG).

A.5 Sonstige Angaben

Nach aktueller Einschätzung liegen keine berichtspflichtigen sonstigen Informationen vor.

B. Governance-System

Die Öffentliche Lebensversicherungsanstalt Oldenburg verfügt über ein effizientes und dem unternehmenseigenen Risikoprofil angemessenes Governance-System. Die verschiedenen Elemente dieser Aufbau- und Ablauforganisation werden im Einklang mit §23 VAG regelmäßig durch die Interne Revision auf Angemessenheit und Wirksamkeit überprüft. Die schriftlichen Leitlinien, die die Elemente des Governance-Systems beschreiben, werden jährlich überprüft und durch den Vorstand verabschiedet. Im Folgenden werden die einzelnen Komponenten dieses Systems näher erläutert.

B.1 Allgemeine Angaben zum Governance-System

Satzungsgemäß und in Übereinstimmung mit dem NÖVersG wird die Verwaltung der Öffentlichen Lebensversicherungsanstalt Oldenburg durch drei Organe ausgeübt: Vorstand, Aufsichtsrat und Trägerversammlung.

Vorstand

Der Vorstand der Öffentlichen Lebensversicherungsanstalt Oldenburg führt in eigener Verantwortung die Geschäfte des Unternehmens nach einer vom Aufsichtsrat beschlossenen Geschäftsordnung. Er setzt sich aus den im Folgenden angeführten Personen zusammen. Ihre Zuständigkeiten werden genannt.

Dr. Ulrich Knemeyer (Vorstandsvorsitzender)

- Aufsichtsgremien, Aufsichtsbehörden, Ministerien; Repräsentation; Wirtschaftsprüfung; Koordination ressortübergreifender Vorstandsaufgaben
- Kapitalanlagen
- Recht
- Revision
- Rechnungslegung

Jürgen Müllender

- Vertrieb
- Personal
- Allgemeine Verwaltung

Angelika Müller

- Lebensversicherungen
- Verbundkoordination Kompetenzcenter bAV
- Rückversicherung
- EDV-Koordination und Prozesse

Aufsichtsrat

Als Kontrollorgan hat die Öffentliche Lebensversicherungsanstalt Oldenburg einen Aufsichtsrat eingerichtet. Der Aufsichtsrat besteht aus zwölf Mitgliedern sowie den Vertretern der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gemäß dem Niedersächsischen

Personalvertretungsgesetz. Ihm gehören zwei vom Land Niedersachsen zu benennende Vertreterinnen und Vertreter sowie fünf vom Sparkassenverband Niedersachsen und fünf von der Landschaftlichen Brandkasse Hannover zu benennende Mitglieder an.

Der Aufsichtsrat beschließt u.a. über

- die Bestellung und Abberufung der Mitglieder des Vorstandes,
- die Bestellung des Abschlussprüfers,
- die Entgegennahme des Prüfberichtes des Abschlussprüfers,
- die Feststellung des Jahresabschlusses,
- die Zustimmung zu Kapitalanlagen einschließlich Erwerb, Veräußerung und Belastung von Grundstücken nach Maßgabe der vom Aufsichtsrat aufgestellten Grundsätze,
- die Zustimmung zur Beteiligung an anderen Unternehmen und Aufgabe einer Beteiligung,
- die Aufnahme weiterer Versicherungssparten.

Im Geschäftsjahr 2017 hat die Trägerversammlung eine Satzungsänderung beschlossen, die u.a. die Einrichtung eines Arbeits- und Prüfungsausschusses als Ausschuss des Aufsichtsrates vorsieht. Der Arbeits- und Prüfungsausschuss ist mit Beginn des Geschäftsjahres 2018 eingerichtet worden und erweitert das Aufgabenspektrum des bereits zuvor bestehenden Personalausschusses.

Trägerversammlung

Die Trägerversammlung setzt sich aus den von den Trägern des Unternehmens entsandten Personen zusammen. Sie beschließt insbesondere über

- Bestellung und Abberufung der Mitglieder des Aufsichtsrates (sofern nicht Arbeitnehmervertreter),
- Entlastung der Mitglieder des Aufsichtsrates und des Vorstandes,
- Satzung und Satzungsänderungen,
- Maßnahmen zur Kapitalbeschaffung,
- Verschmelzungen und Auflösungen.

Schlüsselfunktionen

Die Öffentliche Lebensversicherungsanstalt Oldenburg hat gemäß den aufsichtsrechtlichen Anforderungen die vier Schlüsselfunktionen Interne Revision, Compliance-Funktion, Risikomanagementfunktion und Versicherungsmathematische Funktion eingerichtet. Die Aufgaben und Rechte der einzelnen Schlüsselfunktionen sind in innerbetrieblichen Leitlinien festgehalten. Insbesondere stellen sie die für die Ausübung der jeweiligen Funktion notwendigen Informationsrechte sicher. Die Leitlinien definieren auch die Schnittstellen zwischen den Schlüsselfunktionen. Ein regelmäßiger Austausch wird über die gemeinsame Teilnahme an den Risikogremien der Öffentlichen Lebensversicherungsanstalt Oldenburg sichergestellt. Alle Schlüsselfunktionen berichten regelmäßig und ad-hoc dem Vorstand. Des Weiteren ist eine jährliche Berichterstattung im Arbeits- und Prüfungsausschuss eingerichtet.

Der Vorstand hat die folgenden Bereiche mit der Wahrnehmung der Schlüsselfunktionen betraut.

Revisionsfunktion:	Bereich Revision Inhaber: Horst Brengelmann
Compliance-Funktion:	Bereich Gremienbetreuung/Recht Inhaberin: Angela Lange
Versicherungsmathematische Funktion:	Abteilung Leben Produkte Mathematik (LPM) Inhaber: Karsten Domke
Risikomanagementfunktion:	Bereich Risikomanagement Inhaber: Dr. Dominic Lauterbach

Die genannten Bereiche und verantwortlichen Inhaber sind operationell voneinander unabhängig aufgestellt. Insbesondere bestehen keine Weisungsbefugnisse untereinander. In Konfliktfällen ist eine Eskalation über den Vorstand vorgesehen.

Weitere Sonderfunktionen

Die Ernennung eines Datenschutzbeauftragten und eines IT-Sicherheitsbeauftragten dienen zusammen mit entsprechenden Sicherheitsleitlinien dazu, ein wirksames und angemessenes Sicherheitsniveau für Daten, Systeme und Netzwerk-Bereiche zu erreichen und aufrechtzuerhalten. Dies beinhaltet den Schutz aller Systeme und Daten vor unbefugter Nutzung bzw. unbefugtem Zugriff, die Sicherstellung der Sicherheitsgrundwerte Integrität, Vertraulichkeit und Verfügbarkeit der Daten sowie der Verfügbarkeit der Systeme.

Das Notfallmanagement trifft Vorsorge für Situationen, in denen die klassische Aufbau- und Ablauforganisation zumindest teilweise durch eine übergeordnete Notfallorganisation ergänzt werden muss, um diese beherrschen zu können (Notfall, Krise). Wesentliche Aufgaben des Notfallmanagements sind die Verantwortung der organisatorischen und technischen Unterstützung sowie die Einleitung von Sofortmaßnahmen nach Eintritt eines Notfalls. Ergänzt wird das Notfallmanagement durch das Business Continuity Management (BCM), bei dem die Fortführung des Geschäftsbetriebs nach Eintritt einer Krise oder eines Notfalls im Fokus steht. Wesentliche Aufgaben des BCM sind hierbei zu-nächst die Bewertung der zeitlichen Kritikalität von Geschäftsprozessen, die Definition von Kontinuitätsstrategien sowie die Entwicklung von konkreten Geschäftsfortführungsplänen.

Außerdem hat die Öffentliche Lebensversicherungsanstalt einen Geldwäschebeauftragten. Der Geldwäschebeauftragte ist Ansprechpartner für die Strafverfolgungsbehörden, das BKA, den BND, den Verfassungsschutz sowie die Versicherungsaufsicht. Zu den vielfältigen Aufgaben des Geldwäschebeauftragten gehören u.a. die Entwicklung interner Grundsätze, angemessener Sicherungssysteme, Kontrollen zur Verhinderung der Geldwäsche sowie die Erstattung von Verdachtsanzeigen.

Vergütungspolitik der Öffentlichen Lebensversicherungsanstalt Oldenburg

Gemäß dem Gesetz über die öffentlich-rechtlichen Versicherungsunternehmen in Niedersachsen betreibt die Öffentliche Lebensversicherungsanstalt Oldenburg das Versicherungsgeschäft nach kaufmännischen, betriebs- und versicherungswirtschaftlichen Grundsätzen im Interesse ihrer Versicherungsnehmer und des gemeinen Nutzens; die Erzielung von Gewinn ist nicht Hauptzweck ihres Geschäftsbetriebs. Dieser Grundsatz spiegelt sich auch in der Vergütungspolitik der Öffentlichen Lebensversicherungsanstalt Oldenburg wider, die im Einklang mit der Geschäfts- und Risikostrategie des Unternehmens,

seinem Risikoprofil und den langfristigen Interessen und Zielen des Unternehmens als Ganzes steht. Die einzelnen Vergütungssysteme wurden so ausgestaltet, dass sie ein solides und wirksames Risikomanagement fördern sowie keine negativen Anreize setzen, die das Eingehen unverhältnismäßiger Risiken fördern.

Grundlage für die Vergütung der Mitarbeiter ist der Tarifvertrag für die private Versicherungswirtschaft. Darüber hinaus regelt eine schriftliche Richtlinie die Vergütung derjenigen Mitarbeiter, denen ein außertarifliches Gehalt gezahlt wird. Dieses Gehalt wird entsprechend der Entwicklung der tariflichen Gehälter angepasst. Für Innendienstmitarbeiter sind keinerlei variable Vergütungsbestandteile vorgesehen. Diese Regelung schließt die Inhaber der Schlüsselfunktionen mit ein.

Mitarbeiter des angestellten Außendienstes können variable Vergütungsbestandteile in Form von Provisionen und Bonuszahlungen für Zielerfüllungen erhalten. Auf Grundlage der Unternehmensziele werden sowohl quantitative als auch qualitative persönliche Ziele definiert und deren Erreichung honoriert. Jedoch erhalten nur solche Mitarbeiter variable Vergütungsbestandteile, die aufgrund ihrer Vollmachten keinerlei Risikopositionen aufbauen können. Auf diese Weise wird verhindert, dass Mitarbeiter risikoreiche Verträge annehmen, um ihre eigene Vergütung zu erhöhen. Variable Vergütungsbestandteile können bei Mitarbeitern des angestellten Außendienstes höchstens 20 % der Gesamtvergütung ausmachen.

Für Mitglieder des Vorstandes existiert eine gesonderte Vergütungsrichtlinie. Variable Vergütungen werden auf Grundlage einer mehrjährigen Bemessungsgrundlage für die Erreichung der in der Unternehmensstrategie niedergelegten Ziele gewährt. Der variable Vergütungsanteil kann ca. 30 % der Gesamtvergütung betragen.

Für Mitglieder des Vorstandes existieren individuelle Vereinbarungen zu Zusatzrenten in Anlehnung an die allgemeine Versorgungsordnung des Unternehmens. Gesonderte Vorruhestandsregelungen existieren nicht. Für Inhaber von Schlüsselfunktionen gibt es keine gesonderten Zusatzrenten- oder Vorruhestandsregelungen.

Für Mitglieder des Aufsichtsrats wird eine Aufwandsentschädigung in Form einer festen Zuwendung sowie Sitzungsgeld gezahlt.

B.2 Anforderungen an die fachliche Qualifikation und persönliche Zuverlässigkeit

Allgemeine Grundsätze

Bereits die Grundsätze eines ordentlichen Kaufmanns erfordern eine Geschäftsorganisation, die für die zu bearbeitenden Aufgaben ein ausreichendes Maß an fachlicher Qualifikation und persönlicher Zuverlässigkeit bei den Organmitgliedern und Mitarbeitern voraussetzt. Die sich aus den aufsichtsrechtlichen Regelungen ergebenden speziellen Qualifikationsanforderungen dienen der Sicherstellung eines soliden und vorsichtigen Managements.

Alle Funktionsinhaber müssen Grundkenntnisse juristischer, mathematischer und betriebswirtschaftlicher Art vorweisen, die für die Wahrnehmung kaufmännischer Aufgaben im Allgemeinen zu erwarten sind. Darüber hinaus sind weitergehende

versicherungsrechtliche und -kaufmännische Grundkenntnisse erforderlich, ebenso wie grundlegende Kenntnisse des Geschäftsmodells der Öffentlichen Lebensversicherungsanstalt Oldenburg.

Aufsichtsrat

Mitglieder des Aufsichtsrats der Öffentlichen Lebensversicherungsanstalt müssen in der Lage sein, die von den Öffentlichen Versicherungen Oldenburg getätigten Geschäfte zu verstehen, deren Risiken zu beurteilen und kritisch zu hinterfragen, um ihrem Überwachungsauftrag gerecht zu werden. Darüber hinaus wirken die Mitglieder des Aufsichtsrats bei verschiedenen in der Satzung festgelegten Geschäften aktiv mit, so dass sie insofern in der Lage sein müssen, sich eigenverantwortlich mit den Sachverhalten auseinanderzusetzen, sich in die Diskussion einzubringen und ggf. ihren Standpunkt auch in kontroversen Diskussionen zu vertreten. Vor diesem Hintergrund müssen die Mitglieder des Aufsichtsrats in ihrer Gesamtheit über angemessene Qualifikationen, Erfahrungen und Kenntnisse in den Bereichen Versicherungs- und Finanzmärkte, Geschäftsstrategie und -modell, Governance-System, Finanzanalyse und versicherungsmathematische Analyse sowie regulatorischer Rahmen und dementsprechende Anforderungen verfügen. Dies bedeutet nicht, dass jedes Aufsichtsratsmitglied selbst über alle diese Qualifikationen verfügen muss, allerdings ist bei der Zusammensetzung des Aufsichtsrats darauf zu achten, dass in Summe die erwähnten Qualifikationen vorhanden sind. Basis bilden dabei die Satzungsregelungen, die darauf ausgerichtet sind, neben den durch die Träger benannten Mitgliedern weitere Mitglieder zur Wahl vorzusehen, die zu der geforderten Gesamtqualifikation beitragen.

In Übereinstimmung mit den aufsichtsrechtlichen Vorgaben muss jedes einzelne Aufsichtsratsmitglied die erforderliche Sachkunde aufweisen, die auf entsprechender kaufmännischer Ausbildung, abgeschlossenem Studium, beruflicher Tätigkeit oder aber Teilnahme an speziellen Fortbildungen basieren kann.

Vorstand

Jedes Mitglied des Vorstandes muss zumindest über solche Kenntnisse in den vorgenannten Bereichen verfügen, dass es seiner Gesamtverantwortung für die Leitung des Unternehmens gerecht werden kann. Zudem soll jedes Vorstandsmitglied in der Lage sein, auch Maßnahmen/Aktivitäten aus den vom ihm nicht direkt verantworteten Dezernaten zu beurteilen und zu bewerten.

Ferner muss jedes Vorstandsmitglied in Übereinstimmung mit den geltenden aufsichtsrechtlichen Vorgaben über die nötige Leitungserfahrung verfügen, die regelmäßig vermutet wird, wenn das betreffende Vorstandsmitglied in zeitlichem Zusammenhang zuvor zumindest drei Jahre in leitender Tätigkeit in einem Versicherungsunternehmen vergleichbarer Größe und Geschäftsart beschäftigt gewesen ist.

Risikomanagementfunktion

Der Inhaber der Risikomanagementfunktion muss über ein abgeschlossenes Hochschulstudium oder einen äquivalenten Abschluss verfügen. Des Weiteren muss er Grundkenntnisse der rechtlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen von Versicherungsunternehmen als auch Kenntnisse in mathematischen und stochastischen Methoden und Modellierungen vorweisen können. Außerdem sind Kenntnisse der Aufbau-

und Ablauforganisation von Versicherungsunternehmen sowie versicherungstechnischer, versicherungsbetrieblicher wie auch vertrieblicher Risiken notwendig.

Compliance-Funktion

Aufgrund der überwiegend rechtlichen Ausgestaltung der Aufgaben ist für den Inhaber der Compliance-Funktion eine erfolgreich abgeschlossene volljuristische Ausbildung (1. und 2. Staatsexamen) nebst vertiefenden Kenntnissen im Bereich Compliance erforderlich. Darüber hinaus werden gute Kenntnisse der innerbetrieblichen Abläufe/Prozesse, Verantwortlichkeiten/Zuständigkeiten und Entscheidungsprozesse erwartet.

Interne Revision

Der Funktionsinhaber muss über eine angemessene Erfahrung im Aufgabengebiet und ein abgeschlossenes Hochschulstudium oder einen äquivalenten Abschluss sowie Kenntnisse der Geschäfts- und Betriebsabläufe, Zuständigkeiten und Entscheidungsprozesse verfügen und sich darüber hinaus regelmäßig im Bereich Revision weiterbilden.

Versicherungsmathematische Funktion

Der Inhaber der Versicherungsmathematischen Funktion muss über eine angemessene Erfahrung in aktuariellen Aufgabenstellungen eines Lebensversicherungsunternehmens verfügen. Es ist ein abgeschlossenes Studium der Mathematik, Wirtschaftsmathematik oder Statistik erforderlich. Liegt kein Hochschulabschluss in einer dieser Disziplinen vor, muss die erfolgreich absolvierte Aktuarbildung der DAA nachgewiesen werden. Darüber hinaus müssen Kenntnisse zur Rückversicherung von Lebensversicherungen vorhanden sein.

Persönliche Zuverlässigkeit

Neben der fachlichen Qualifikation müssen die jeweiligen Funktionsinhaber persönlich zuverlässig sein, um mögliche Schäden des Unternehmens oder der Versicherungsnehmer infolge individuellen Fehlverhaltens möglichst zu vermeiden.

Aus diesem Grund wird bei Vorliegen bestimmter vergangenheitsbezogener Vorgänge, nach denen nach allgemeiner Lebenserfahrung die Annahme gerechtfertigt ist, dass die ordnungsgemäße Wahrnehmung der Aufgaben beeinträchtigt sein könnte, der Schluss gezogen, dass die geforderte Zuverlässigkeit fehlt.

Neben der Abwesenheit von abgeschlossenen Strafverfahren sind insbesondere die ausreichende zeitliche Verfügbarkeit, das Fehlen von Interessenkonflikten sowie keine laufenden strafrechtlichen Ermittlungsverfahren Grundvoraussetzung für die Vermutung der persönlichen Zuverlässigkeit.

Vorgehensweise

Zuständig für die Überwachung der Einhaltung der Anforderungen an die fachliche Qualifikation und persönliche Eignung ist dem Geschäftsverteilungsplan entsprechend der Vorstandsvorsitzende. Dieser beauftragt mit der operativen Umsetzung den Bereich Gremienbetreuung/Recht. Aufgrund der Personengleichheit der Compliance-Funktion und des Bereichs Gremienbetreuung/Recht werden die Tätigkeiten bezüglich des verantwortlichen Inhabers der Compliance-Funktion vom Vorstand durchgeführt.

Der Bereich Gremienbetreuung/Recht trägt dafür Sorge, dass bei Neu-/Ergänzungswahlen der Mitglieder des Aufsichtsrats, der Bestellung von Vorstandsmitgliedern oder verantwortlichen Inhabern der Schlüsselfunktionen die erforderlichen Nachweise beigebracht werden sowie einmal jährlich eine Überprüfung des Status quo vorgenommen und dem Vorstand über die Ergebnisse berichtet wird.

Bei Neubestellungen stellt der Bereich Gremienbetreuung/Recht die maßgeblich zu beachtenden Anforderungen für die verschiedenen Funktionsgruppen in einer Checkliste zusammen. Diese Checkliste wird den für den jeweiligen Auswahlprozess verantwortlichen Stellen rechtzeitig im Vorfeld der Kandidatensuche zur Verfügung gestellt.

B.3 Risikomanagementsystem einschließlich der unternehmenseigenen Risiko- und Solvabilitätsbeurteilung

Risikomanagementsystem

Die vom Vorstand verabschiedete Geschäfts- und Risikostrategie der Öffentlichen Lebensversicherungsanstalt Oldenburg gibt die Rahmenbedingungen für die Risikosteuerung vor. Die Risikostrategie beschreibt die Auswirkungen der Geschäftsstrategie auf die Risikosituation des Unternehmens, den Umgang mit vorhandenen Risiken und die Fähigkeit des Unternehmens, neu hinzugekommene Risiken zu tragen. Die Geschäfts- und Risikostrategie wird mindestens einmal jährlich überprüft und vom Vorstand verabschiedet.

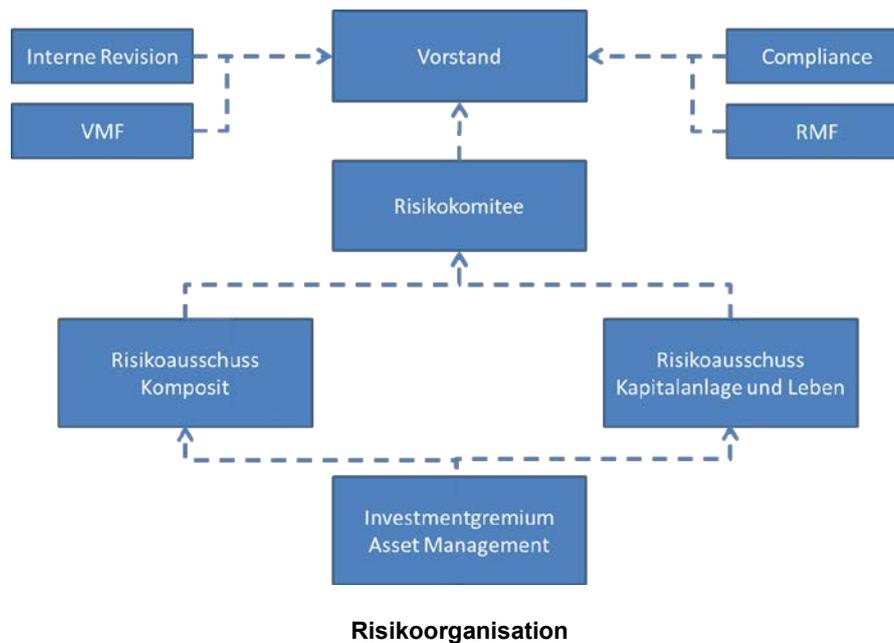
Zur Umsetzung der strategischen Vorgaben und Überwachung der einzelnen Risiken sind verschiedene Gremien eingerichtet worden. Das übergeordnete Risikokomitee ist mit der zentralen Koordination und Steuerung der Risiken sowie den strategischen Risiken befasst. Zur Unterstützung des Risikokomitees sind gesonderte Risikoausschüsse, die jeweils durch ein Mitglied des Vorstands geleitet werden, eingerichtet. Im Fokus der Risikoausschüsse stehen versicherungstechnische Risiken, (Kapital-)Marktrisiken und operationelle Risiken.

In einem weiteren Ausschuss, dem Investmentgremium Asset Management, werden Investmententscheidungen diskutiert, das Risiko der Kapitalanlage analysiert sowie die Einhaltung der Vorgaben des Limitsystems überprüft.

Darüber hinaus ist bei der Öffentlichen das Konzept der drei Verteidigungslinien implementiert:

- Die operativen Bereiche bilden die erste Verteidigungslinie, indem Risiken aus dem eigenen Aufgabenfeld im „Tagesgeschäft“ laufend identifiziert und bewertet werden.
- Die zweite Verteidigungslinie bilden die Schlüsselfunktionen Compliance, Risikomanagement und Versicherungsmathematische Funktion, die gemeinsam die Organisation und Funktionsfähigkeit des Risikomanagements der operativen Bereiche überwachen.
- In der dritten Verteidigungslinie prüft die interne Revision die Wirksamkeit und Angemessenheit des gesamten Governance-Systems.

Die Risikoorganisation mit Einbindung relevanter Funktionen und Gremien in der Öffentlichen Lebensversicherungsanstalt Oldenburg wird in folgender Abbildung verbildlicht:



Die Risikomanagementfunktion wird durch das zentrale Risikomanagement ausgeübt, welches organisatorisch direkt dem Vorstandsvorsitzenden zugeordnet ist und diesem berichtet. Die Risikomanagementfunktion ist Mitglied sämtlicher Risikogremien.

Risikomanagementprozess

Der Risikomanagementprozess der Öffentlichen Lebensversicherungsanstalt Oldenburg kann in vier Schritte unterteilt werden:

- Risikoidentifikation
- Risikoanalyse und -bewertung
- Risikosteuerung und -überwachung
- Dokumentation und Berichtswesen

Im Rahmen des Risikomanagementprozesses findet zur Risikoidentifikation halbjährlich eine umfangreiche Risikoinventur statt, in der operationelle Risiken, Liquiditätsrisiken, strategische Risiken und Reputationsrisiken durch die dezentralen Risikoverantwortlichen erfasst werden. In der zentralen Datenbank werden vorhandene und geplante Maßnahmen zur Risikoreduktion dokumentiert.

Des Weiteren findet innerhalb der Risikoinventur eine Bewertung der Risiken hinsichtlich Eintrittswahrscheinlichkeit und Gesamtauswirkung statt. Die Bewertung beruht auf Expertenschätzungen. Versicherungstechnische Risiken, Markt- und Kreditrisiken werden zudem anhand des Standardmodells von Solvency II bewertet. Bei der Aggregation der einzelnen Risiken werden Diversifikationseffekte berücksichtigt. Die Solvabilität des Unternehmens wird durch den Vergleich der Risikokapitalanforderung mit den anrechenbaren Eigenmitteln ermittelt.

Die Steuerung und Überwachung der Risiken erfolgt durch die oben beschriebenen Verteidigungslinien und die Risikogremien.

Durch die Erstellung und Verabschiedung schriftlicher Leitlinien werden interne Standards für alle Beteiligten fixiert und dokumentiert. Die regelmäßigen Sitzungen der Risikogremien

sowie interne schriftliche Berichte dienen dem Risikoberichtswesen. Dieses wird durch die gesetzlichen Berichtspflichten ergänzt.

Unternehmenseigene Risiko- und Solvabilitätsbeurteilung

Zentraler Bestandteil des Risikomanagementsystems ist die jährlich stattfindende unternehmenseigene Risiko- und Solvabilitätsbeurteilung (ORSA, own risk and solvency assessment). Der ORSA-Prozess beginnt im ersten Quartal parallel zur Berechnung des Solvency II-Standardmodells mit der Prüfung der Angemessenheit dieses Modells. Dabei wird das unternehmenseigene Risikoprofil mit den von der europäischen Aufsichtsbehörde EIOPA veröffentlichten Annahmen, die dem Standardmodell zugrunde liegen mit Hilfe statistischer Verfahren verglichen.

Auf Grundlage der Unternehmensplanung werden Prognoserechnungen für die Eigenmittel und die Solvabilitätskapitalanforderung durchgeführt, um die Entwicklung der Solvabilitätssituation im Planungszeitraum zu erkennen. Es werden verschiedene Kapitalmarktszenarien (Stresstests) berechnet, um die Widerstandsfähigkeit des Unternehmens gegenüber negativen Kapitalmarktentwicklungen zu prüfen. Außerdem werden die Auswirkungen versicherungstechnischer Szenarien untersucht. Auf diese Weise wird die jederzeitige Einhaltung der aufsichtsrechtlich gebotenen Kapitalanforderung im Planungszeitraum sichergestellt.

Der unternehmenseigene Gesamtsolvabilitätsbedarf wird in Anlehnung an die Solvabilitätskapitalanforderung nach Solvency II ermittelt. Grundsätzlich werden die Risikobewertungen des Standardmodells übernommen. Für den Fall, dass das unternehmenseigene Risikoprofil wesentlich von den Annahmen, die dem Standardmodell zugrunde liegen, abweicht, kann die Bewertung des Risikos im ORSA angepasst werden. Überschätzungen des Standardmodells werden aus Sicht einer konservativen Risikosicht übernommen.

Die Ergebnisse des ORSA-Prozesses werden dem Vorstand in Form des ORSA-Berichtes zur Verfügung gestellt. Darüber hinaus werden sie in den verschiedenen Risikogremien präsentiert und mit den Risikoverantwortlichen diskutiert. Sie dienen somit als wichtige Entscheidungsgrundlage für die mittelfristige Unternehmensplanung.

Beim Eintritt bestimmter Ereignisse, die das Risikoprofil des Unternehmens wesentlich ändern, wird geprüft, ob ein nichtregelmäßiger ORSA-Prozess (ad-hoc-ORSA) durchgeführt werden soll. Dieser ad-hoc-ORSA untersucht die Auswirkungen des veränderten Risikoprofils auf die Solvabilität des Unternehmens. Mögliche Ereignisse, die einen ad-hoc-ORSA auslösen können, sind beispielsweise Limitüberschreitungen, gesetzliche Änderungen oder besondere Entwicklungen am Kapitalmarkt.

B.4 Internes Kontrollsystem

Die Öffentliche Lebensversicherungsanstalt Oldenburg verfügt über ein internes Kontrollsystem, in dem alle wesentlichen Tätigkeitsfelder in einem unternehmensweiten System einheitlich erfasst und als Prozesse modelliert sind. Als wesentlich gelten gemäß Artikel 44 der Solvency II Richtlinie die folgenden Tätigkeitsfelder:

- Risikoübernahme und Rückstellungsbildung,

- das Aktiv-Passiv-Management,
- die Kapitalanlage, insbesondere Derivate und ähnliche Verpflichtungen,
- das Liquiditäts- und Konzentrationsrisikomanagement,
- das Risikomanagement operationeller Risiken und
- Rückversicherung und andere Risikominderungstechniken.

In der Beschreibung der abgebildeten Vorgänge sind alle enthaltenen Risiken, die eingerichteten Risikominderungstechniken und vorhandene Kontrollen erfasst. Die Verantwortung für eine vollständige Abbildung aller Risiken liegt bei der Risikomanagementfunktion, die sachgerechte Durchführung der Risikominderungstechniken in den operativen Bereichen.

Im Rahmen der zweimal jährlich durchgeführten Risikoinventur geben alle Unternehmensbereiche eine Einschätzung zu allen Risiken und den zugehörigen Minderungstechniken in ihrem Verantwortungsbereich ab. Unverändert bestehende Risiken werden bestätigt, Veränderungen werden beschrieben und neue Risiken werden erstmalig erfasst.

Die Risikomanagementfunktion fasst die Angaben unter kritischer Entgegennahme zusammen. Mögliche Fragen oder Unklarheiten werden im Dialog mit dem jeweiligen dezentralen Bereich geklärt. Auch finden Überprüfungen einzelner Vorgänge und deren Abbildung im internen Kontrollsystem unter der Verantwortung der Risikomanagementfunktion statt und tragen zu einer kontinuierlichen Weiterentwicklung bei.

Compliance-Funktion

Die Verantwortung für eine rechtskonforme Organisation der einzelnen Bereiche tragen die jeweiligen Bereichsleiter. Sie haben ihre Bereiche so zu organisieren, dass

- rechtliche Vorgaben eingehalten werden,
- operative Entscheidungsträger rechtlich beraten werden,
- Rechts- und Rechtsprechungsänderungen für den betreffenden Bereich überwacht werden,
- Maßnahmen zur Identifikation und Bewertung von Risiken ergriffen werden, die sich aus der Nichteinhaltung von rechtlichen Vorgaben ergeben.

Gemäß der aufsichtsrechtlichen Anforderung hat die Öffentliche Lebensversicherungsanstalt Oldenburg darüber hinaus als zentrale Schlüsselfunktion eine Compliance-Funktion eingerichtet. Die Aufgaben der zentralen Compliance-Funktion bestehen in

- der Überprüfung der in den Bereichen getroffenen Maßnahmen, Verfahren und hinterlegten Regeln für eine rechtskonforme Organisation;
- der Erstellung von Leitlinien zu übergeordneten bzw. dezentral nicht betreuten Rechtsthemen;
- der Beratung von Vorstand, Leitern der Bereiche, und weiteren dezentralen Ansprechpartnern bzgl. der Einhaltung rechtlicher Vorgaben;
- der Ermittlung möglichen Schulungsbedarfs zu juristischen Fragestellungen und Mitarbeit bei Organisation und Durchführung entsprechender Maßnahmen;
- der Identifikation, Beurteilung und Koordination von Folgemaßnahmen zu Rechts- und Rechtsprechungsänderungen im gebotenen Dialog mit den Bereichen;

- der Überprüfung der Bewertung der Compliance-Risiken.

Die zentrale Compliance-Funktion koordiniert in Absprache mit der Risikomanagementfunktion die Umsetzung beschlossener Maßnahmen in das Risikomanagementsystem und ist zuständig für das zentrale Beschwerdemanagement. Bei Verdacht zu Rechtsverstößen wird die Interne Revision in den Untersuchungsprozess einbezogen.

Die Compliance-Funktion ist in der Öffentlichen Lebensversicherungsanstalt Oldenburg dem Bereich Gremienbetreuung/Recht zugeordnet. Persönliche Inhaberin der Compliance-Funktion ist die Verantwortliche dieses Bereichs. Um mögliche Interessenkonflikte bezüglich der Tätigkeiten des Bereichs Gremienbetreuung/Recht auszuschließen, erfolgt die Begleitung von Vorgängen mit Beteiligung dieses Bereichs durch die Compliance-Funktion unter Einbeziehung der Internen Revision.

Die Compliance-Funktion erstellt einen jährlichen Bericht zu ihrer Tätigkeit und möglichen Vorkommnissen an den Vorstand.

B.5 Funktion der internen Revision

Rechtsgrundlage für die Tätigkeit der Internen Revision ist das Versicherungsaufsichtsgesetz (VAG). Danach müssen Versicherungsunternehmen über eine wirksame Interne Revision verfügen, welche die gesamte Geschäftsorganisation und insbesondere das interne Kontrollsystem auf Angemessenheit und Wirksamkeit überprüft.

Die Interne Revision ist übergreifend sowohl für die Oldenburgische Landesbrandkasse als auch für die Öffentliche Lebensversicherungsanstalt Oldenburg zuständig.

Die Revisionsfunktion des Unternehmens verfolgt das Ziel, Mehrwerte für das Unternehmen zu schaffen und die Geschäftsprozesse zu verbessern. Dazu werden unabhängige und objektive Prüfungs- und Beratungsdienstleistungen erbracht, die sich auf sämtliche Bereiche der Unternehmen erstrecken. Die Interne Revision unterstützt den Vorstand bei der Erreichung der Unternehmensziele, indem sie mit systematischen, risikoorientierten und zielgerichteten Prüfungen die Effektivität des Risikomanagements und der Führungs- und Überwachungsprozesse bewertet.

Die Interne Revision ist direkt dem Vorsitzenden des Vorstandes unterstellt und auch dem Gesamtvorstand verpflichtet. Sie erbringt ihre Prüfungs- und Beratungsdienstleistungen unabhängig und objektiv. Die Interne Revision hat zur Erfüllung ihrer Aufgaben ein umfassendes aktives und passives Informationsrecht. Bedarfsweise werden die internen Kapazitäten durch externe Prüfungsdienstleistungen ergänzt.

Eine vom Gesamtvorstand verabschiedete Leitlinie der Internen Revision, die einmal im Jahr auf Aktualität überprüft wird, konkretisiert die Funktion der Internen Revision im Einzelnen. Um die Prüfungstätigkeit für alle Unternehmensbereiche systematisch, zielgerichtet und effizient wahrnehmen zu können, wird die Prüfungsplanung umfassend und nach Risikogesichtspunkten, u. a. inhärentes Risiko der Prüffelder, Ergebnisse der letzten Revisionsprüfungen und Komplexität der Aufbau- und Ablauforganisation, erstellt. Der jährliche Prüfungsplan, unter Einbeziehung aller gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Pflichtprüfungen, wird vor Beginn eines Geschäftsjahres vom Gesamtvorstand

verabschiedet. Bei Vorliegen von besonderen Anlässen können jederzeit Sonderprüfungen durchgeführt werden.

Für jede Prüfung wird ein Bericht erstellt, der dem Vorstand und dem geprüften Bereich die wesentlichen Informationen und Ergebnisse vermittelt. Die fristgerechte Umsetzung der im Prüfungsbericht vorgeschlagenen Maßnahmen obliegt dem geprüften Bereich und wird von der Internen Revision in einem Prozess bis zur vollständigen Behebung nachgehalten.

B.6 Versicherungsmathematische Funktion

Die Versicherungsmathematische Funktion (VMF) der Öffentlichen Lebensversicherungsanstalt Oldenburg wird von Herrn Karsten Domke (Abteilungsleiter Leben Produkte Mathematik) verantwortet. Bei der Aufgabenerfüllung wird Herr Domke von Mitarbeitern der Abteilung Leben Produkte Mathematik (LPM) und in Dienstleistung von Mitarbeitern der Abteilung Leben Technik Mathematik der Provinzial Lebensversicherung Hannover unterstützt. Herr Domke übt auch die Funktion des Verantwortlichen Aktuars der Öffentlichen Lebensversicherungsanstalt Oldenburg aus und verantwortet die Produktentwicklung.

Der Gesetzgeber gibt die Aufgaben der VMF eindeutig vor:

- Koordinierung und Überwachung der Berechnung der versicherungstechnischen Rückstellungen
- Gewährleistung der Angemessenheit der verwendeten Methoden, Modelle und Annahmen
- Bewertung der Hinlänglichkeit und Qualität der zugrunde gelegten Daten
- Vergleich der für die Berechnungen verwendeten Schätzwerte mit den Erfahrungswerten
- Überwachung der Berechnung der versicherungstechnischen Rückstellungen bei ungenügender Datengrundlage und durch festgelegte Prozesse
- Stellungnahme zur Zeichnungs- und Annahmepolitik von versicherten Risiken
- Stellungnahme zur Angemessenheit der Rückversicherungsvereinbarungen
- Unterstützung bei der wirksamen Umsetzung des Risikomanagements
- Unterrichtung des Vorstandes über die Verlässlichkeit und Angemessenheit der Berechnung der versicherungstechnischen Rückstellungen u. a. in einem jährlichen Bericht.

Die versicherungsmathematische Funktion stellt damit sicher, dass die den versicherten Bestand betreffenden Berechnungen für die Solvenzbilanz mit den richtigen Daten, mit plausiblen Annahmen für die Berechnungen in die Zukunft und mit passenden Methoden erfolgt sind. Festgestellte Unstimmigkeiten oder mögliche Verbesserungen berichtet er direkt an den Vorstand.

Aufgrund möglicher Interessenkonflikte zwischen den verschiedenen Verantwortlichkeiten der VMF werden die Tätigkeiten bezüglich der Produktentwicklung in festgelegten Prozessen überwacht.

Die VMF ist in die Risikoorganisation der Öffentlichen Leben integriert. Dadurch ist sie in der Lage, zur Identifikation, Bewertung, Überwachung und Steuerung der Risiken im Rahmen eines wirksamen Risikomanagementsystems beizutragen. Damit systematisch alle Risiken berücksichtigt werden, erfolgt ein regelmäßiger Austausch mit den Risikoverantwortlichen in

festen Gremien und im Risikoausschuss. Dort werden Fragestellungen zur Annahme- und Zeichnungspolitik diskutiert, aber auch über die Auswirkungen neuer bzw. geänderter Tarife auf die versicherungstechnischen Ergebnisse und die Risikosituation der Öffentlichen Leben beraten.

Einmal jährlich unterrichtet die VMF den Vorstand des Unternehmens über alle von ihm wahrgenommenen Aufgaben im Geschäftsjahr und über die Verlässlichkeit und Angemessenheit der Berechnung der versicherungstechnischen Rückstellungen in der Solvabilitätsübersicht zum Jahresende.

Darüber hinaus enthält der Bericht die Stellungnahmen der VMF zur Zeichnungs- und Annahmepolitik sowie zur angemessenen Ausgestaltung der Rückversicherung.

Im Bericht des Jahres 2017 hat die VMF keine wesentlichen Anmerkungen oder Fehler zu den beschriebenen Prozessen und Berechnungen festgestellt und damit insbesondere die Grundlagen aller Berechnungen verifiziert. Annahmepolitik und Rückversicherungsschutz sind für die Öffentliche Leben risikoadäquat ausgestaltet.

B.7 Outsourcing

Das Bild unseres Unternehmens als öffentlich-rechtlicher Regionalversicherer muss auch im Zusammenhang mit ausgelagerten Tätigkeiten gewahrt bleiben. Grundsätzlich sollen Auslagerungen bevorzugt an Dienstleister vergeben werden, die

- ihren Sitz im Geschäftsgebiet haben,
- Verbundunternehmen sind,
- dem Verband der öffentlichen Versicherer angehören,
- dem S-Finanzverbund angehören,
- oder dem Gesamtverband der deutschen Versicherungswirtschaft angehören.

Dies gilt insbesondere dort, wo Kunden mit den Dienstleistungen in Berührung kommen. Soweit dies aufgrund der inhaltlichen Besonderheiten der bezogenen Dienstleistung sowie etwaiger wirtschaftlicher Gesichtspunkte nicht möglich oder ineffizient ist, kann von diesem Grundsatz abgewichen werden.

Ausgliederungen auf Unternehmen mit Sitz außerhalb der Bundesrepublik Deutschland sind in Ausnahmefällen auf Basis eines Beschlusses des Gesamtvorstands zulässig.

Es werden drei Klassen von Ausgliederungen unterschieden:

- schlichter Fremdbezug (einfache Ausgliederung),
- (aufsichtsrechtlich) relevante Ausgliederung,
- kritische und wichtige Ausgliederung.

Schlichter Fremdbezug (einfache Ausgliederung)

Ein schlichter Fremdbezug, wie beispielsweise Reinigungsdienst, Catering oder Marktinformationsdienste, unterliegt keinen besonderen aufsichtsrechtlichen Anforderungen, da versicherungsspezifische Aufsichtszwecke nicht betroffen sind und die sich daraus ergebenden geschützten Belange der Versicherten regelmäßig nicht besonders berührt sind.

(Aufsichtsrechtlich) relevante Ausgliederung

Eine Ausgliederung im aufsichtsrechtlichen Sinn liegt immer dann vor, wenn eine Tätigkeit von jemanden Dritten erbracht wird, die das Unternehmen ohne die Inanspruchnahme des Dienstleisters als Versicherungsunternehmen selbst erbringen würde (vgl. § 7 Nr. 2 VAG).

Erforderlich ist demzufolge ein Bezug zu den Besonderheiten, die sich aus dem Betrieb eines Versicherungsunternehmens ergeben. Hiervon ist grundsätzlich auszugehen, wenn Tätigkeiten betroffen sind, die Prozesse der nachfolgenden Bereiche betreffen:

- Vertrieb
- Bestandsverwaltung
- Leistungsbearbeitung
- Rechnungswesen
- Vermögensanlage
- Schlüsselfunktionen nach Solvency II

Mit der ausgelagerten Tätigkeit muss zudem ein gewisses Maß an unternehmerischer Entscheidung ausgelagert werden. Bei einer reinen Hilfsfunktion oder Vorbereitungsfunktion, die eine eigene kritische Entscheidung ermöglichen soll, liegt grundsätzlich keine relevante Ausgliederung vor.

Ferner muss eine gewisse Erheblichkeit der ausgelagerten Tätigkeit in zeitlicher bzw. wirtschaftlicher Hinsicht gegeben sein.

Kritische und wichtige Ausgliederung

Als kritische und wichtige Ausgliederung sind all jene Dienstleistungen anzusehen, die insofern unverzichtbar sind, als dass das Unternehmen ohne die ausgelagerten Funktion oder Dienstleistung nicht in der Lage wäre, seine Leistungen für die Versicherungsnehmer zu erbringen.

Eine Unverzichtbarkeit und damit Wichtigkeit ist deshalb immer dort naheliegend, wo ein Ausfall der versicherungsbezogenen externen Dienstleistung unmittelbar zu einem Ausfall der Leistungen an die Versicherungsnehmer führe, ohne dass der Ausfall kurzfristig und mit angemessenem Aufwand kompensiert werden könnte.

Die vollständige Ausgliederung von

- Vertrieb
- Bestandsverwaltung
- Leistungsbearbeitung
- Rechnungswesen
- Vermögensanlage
- Schlüsselfunktionen nach Solvency II

stellt immer eine kritische und wichtige Ausgliederung dar. Demzufolge sind der Abschluss von Versicherungsverträgen und die Regulierung von Schäden durch Versicherungsvermittler, sofern diese Tätigkeit vollständig ausgegliedert ist, immer als wichtig anzusehen.

Risikoanalyse vor einer Ausgliederung

Vor einer relevanten Ausgliederung ist eine Risikoanalyse durchzuführen. Dabei ist immer auch die Gefährdung der strategischen Grundpositionierung der Öffentlichen Lebensversicherungsanstalt Oldenburg als fairer, kundenfreundlicher Regionalversicherer mit dem Ziel ertragreichen Wachstums zu betrachten. Die Intensität der Risikoanalyse richtet sich nach der Tragweite der Ausgliederung. Sie ist zu dokumentieren und vom Bereichsverantwortlichen des ausgliedernden Bereichs zu unterzeichnen und dem Risikomanagement zur Unterzeichnung weiterzureichen.

Bei wesentlichen Änderungen des Risikoprofils ist die Risikoanalyse der Ausgliederung zu wiederholen, um über Fortsetzung oder Beendigung der Ausgliederung zu entscheiden.

Auswahl und Prüfung des Dienstleisters

Die ausgliedernden Fachbereiche haben die in Betracht gezogenen Dienstleister daraufhin zu überprüfen, ob sie über die finanzielle Leistungsfähigkeit, die technischen Voraussetzungen, ausreichende Kapazitäten und erforderliche Berechtigungen und Zulassungen verfügen, um die betreffenden Dienstleistungen erbringen zu können. Auch das Vorliegen möglicher Interessenkonflikte und deren Vermeidung sind zu prüfen.

Die Intensität der Prüfung richtet sich nach der Tragweite der Ausgliederung. Ihr Ergebnis ist zu dokumentieren. Ausgliederungen dürfen demzufolge nur auf solche Dienstleister erfolgen, die die obigen Vorgaben erfüllen.

Bei wichtigen Ausgliederungen ist darüber hinaus die Angemessenheit des Risikomanagementsystems und des interne Kontrollsystems des Dienstleisters und die ausreichende Qualifikation dessen Mitarbeiter zu prüfen.

B.8 Sonstige Angaben

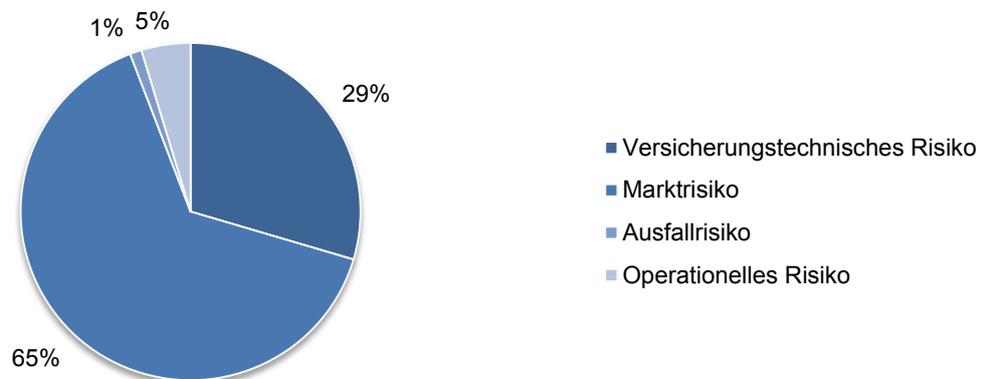
Nach aktueller Einschätzung liegen keine berichtspflichtigen sonstigen Informationen vor.

C. Risikoprofil

Die Übernahme von Risiken und das Eingehen versicherungsvertraglicher Garantieverprechen zählen zum Kerngeschäft der Öffentlichen Lebensversicherungsanstalt Oldenburg. Um diese Aufgabe dauerhaft verlässlich erfüllen zu können, orientiert sich die Unternehmenssteuerung am Sicherheitsprinzip, d. h. Wachstumsziele orientieren sich am Erhalt der Ertragskraft und strikt einzuhaltenden Existenzsicherungsanforderungen. Der Rahmen für die bewusste Übernahme der eingegangenen Risiken wird durch folgende Grundsätze definiert:

- Keine Handlung oder Entscheidung darf ein die Existenz gefährdendes Risiko nach sich ziehen.
- Ertragsrisiken müssen durch Ertragschancen angemessen ausgeglichen werden.
- Risiken sind mit dem zentralen bzw. dezentralen Instrumentarium des Risikomanagements zu steuern.

Ein Versicherer ist einer Vielzahl von Risiken ausgesetzt. Hierdurch besteht die Gefahr die geplanten Unternehmensziele nicht zu erreichen. Die größten Risikopositionen der Öffentlichen Leben liegen erwartungsgemäß in der Versicherungstechnik der Lebensversicherung und vor allem in Schwankungen an den Kapitalmärkten, den sogenannten Marktrisiken.



Aufteilung nach Risikomodulen (vor Diversifikation)

Verfahren zur Identifikation und Bewertung der Risiken sind im Rahmen des internen Kontrollsystems definiert. Die Angemessenheit der verwendeten Verfahren und Prozesse zur Bewertung der Aktivpositionen und der Verpflichtungen unterliegt im Rahmen der Jahresmeldung dem Testat der Wirtschaftsprüfer.

Die Berechnung des SCR erfolgt unter Verwendung des Branchensimulationsmodells des GDV, insbesondere die Berechnung des Anteils des Zinsänderungsrisikos aus der Versicherungstechnik, die Risiken aus der Versicherungstechnik Leben und die Risikoabsorption durch latente Steuern und zukünftige Überschussbeteiligung.

Die Risiken, denen die Öffentliche ausgesetzt ist, werden in einer zweimal jährlich stattfindenden Risikoinventur identifiziert. In der Inventur wurden die Risiken in den

Kategorien operationelle Risiken, Liquiditätsrisiken, strategische Risiken und Reputationsrisiken sowohl quantitativ als auch in Bezug auf die Eintrittswahrscheinlichkeit bewertet. Die Risiken der Kategorien versicherungstechnische Risiken, Marktrisiken und Ausfallrisiken sind ebenfalls Bestandteil der für die Risikoinventur genutzten Risikomanagementsystem-Datenbank. Die risikoadäquate Quantifizierung erfolgt auf Basis des Solvency II-Standardmodells, d.h. das Unternehmen bewertet die Risiken mit Hilfe des Risikomaßes Value-at-Risk zu einem Konfidenzniveau von 99,5 % und einem Zeithorizont von einem Jahr. Die Angemessenheit der Verwendung des Standardmodells wird jährlich mit Hilfe einer statistischen Analyse überprüft. Hierbei wird die Abweichung des unternehmenseigenen Risikoprofils von den Annahmen, die dem Standardmodell zugrunde liegen, untersucht und bewertet.

Um die Höhe der möglichen Belastungen in den einzelnen Risikokategorien angemessenen bewerten zu können, ist zuerst die besondere Wirkungsweise der Überschussbeteiligung in der deutschen Lebensversicherung auf die Risiken des Unternehmens zu betrachten. Die Öffentliche Lebensversicherungsanstalt ist verpflichtet die Versicherungsnehmer, neben der Erfüllung der garantierten Verpflichtungen aus den Versicherungsverträgen, angemessen an zukünftig erzielten Gewinn aus dem Versicherungsgeschäft zu beteiligen. Diese Beteiligung unterliegt strengen aufsichtsrechtlichen Regeln und erfolgt z.B. in Form einer höheren Verzinsung des angesparten Kapitals, einer Erhöhung der Versicherungsleistung oder auch einer Verrechnung mit den vertraglich vereinbarten Beitragszahlungen. Bei der Bestimmung des Marktwertes der Verpflichtungen ist der Wert dieser zukünftig an die Versicherungsnehmer zu zahlenden Überschussbeteiligung zu berücksichtigen. Eine Belastung für das Unternehmen aus Eintreten eines Risikos führt zu einem geringeren Gewinn aus dem Versicherungsgeschäft und damit in der Folge auch zu einer geringeren Überschussbeteiligung der Versicherungsnehmer. Das bedeutet, dass der Verlust aus dem Eintritt eines Risikos, nur zum Teil auf die Eigenmittel des Unternehmens durchschlägt und von diesem zu tragen ist. Ein Teil des Verlustes verringert den Gewinn aus dem Versicherungsgeschäft und wird über eine Verringerung der Überschussbeteiligung von den Versicherungsnehmern getragen. Die zukünftige Überschussbeteiligung ist damit Teil der Verpflichtungen der Öffentlichen Lebensversicherungsanstalt und nicht der Eigenmittel, wirkt aber risikomindernd, da ihr Wert bei Eintritt eines Risikos sinkt und damit die Verpflichtungen aus dem Versicherungsgeschäft entlastet werden. Das Risiko vor Berücksichtigung der risikomindernden Wirkung der zukünftigen Überschussbeteiligung wird als „brutto“-Risiko bezeichnet. Das Risiko nach Berücksichtigung der Risikominderung als „netto“-Risiko.

Das Risikoprofil der Öffentlichen Lebensversicherungsanstalt Oldenburg ist aufgrund ihrer Geschäftsausrichtung grundsätzlich stabil. Die für Lebensversicherungsunternehmen typische hohe Abhängigkeit vom Kapitalmarkt führt jedoch zu einer Volatilität in den Risikoergebnissen. Im Vergleich zum Vorjahr ergaben sich keine wesentlichen Änderungen.

C.1 Versicherungstechnisches Risiko

Das versicherungstechnische Risiko der Öffentlichen Lebensversicherungsanstalt Oldenburg gliedert sich in zwei Segmente

- Versicherungstechnisches Risiko Leben,
- Versicherungstechnisches Risiko Gesundheit.

Das Risiko der Lebensversicherung ist dabei das dominierende Risiko. Im Segment Gesundheit werden die Risiken der Invaliditätsabsicherungen bewertet. Diese Segmentierung wurde erstmals zur Jahresmeldung 2017 vorgenommen. Zuvor wurden diese Risiken ebenfalls im Risikosegment Leben bewertet.

Versicherungstechnisches Risiko Leben

Versicherungstechnisches Risiko Leben (in Tausend EUR)	"Brutto" 31.12.2017	"Netto" 31.12.2017	"Netto" Vorjahr
Sterblichkeitsrisiko	3.146	1.158	1.422
Langlebigkeitsrisiko	19.642	5.824	7.177
Invaliditätsrisiko	0	0	5.030
Kostenrisiko	16.275	12.850	14.137
Stornorisiko	14.589	7.038	9.780
Katastrophenrisiko	2.224	935	1.169
Diversifikationseffekt	-17.778	-7.481	-12.311
Gesamt	38.098	20.323	26.404

Das versicherungstechnische Risiko Leben der Öffentlichen Lebensversicherungsanstalt Oldenburg beträgt unter Berücksichtigung der risikomindernden Wirkung der zukünftigen Überschussbeteiligung insgesamt 20.323 Tausend Euro.

Die größten Anteile am versicherungstechnischen Risiko haben das Risiko möglicher Kostensteigerungen und das Stornorisiko. Das Stornorisiko bemisst dabei die größte denkbare Veränderung der Eigenmittel durch eine dauerhafte Veränderung des Stornoverhaltens der Versicherungsnehmer oder einen direkt stattfindenden Massenstorno.

Im Vergleich zum Vorjahr konnte die Risikokapitalanforderung gesenkt werden. Bestandsveränderungen führen zu einem gesunkenen Langlebigkeitsrisiko. Die Rückgänge im Invaliditätsrisiko sowie auch teilweise im Kosten- und Stornorisiko sind darauf zurückzuführen, dass Risiken aus der Invaliditätsabsicherung nun im Versicherungstechnischen Risiko Gesundheit bewertet werden.

Versicherungstechnisches Risiko Gesundheit

Versicherungstechnisches Risiko Gesundheit (in Tausend EUR)	"Brutto" 31.12.2017	"Netto" 31.12.2017	"Netto" Vorjahr
Sterblichkeitsrisiko	0	0	-
Langlebigkeitsrisiko	662	196	-
Invaliditätsrisiko	11.659	4.367	-
Kostenrisiko	1.142	1.066	-
Stornorisiko	13.829	5.496	-
Katastrophenrisiko	161	94	-
Diversifikationseffekt	-8.394	-3.378	-
Gesamt	19.093	7.874	-

Verpflichtungen aus dem Risikoschutz gegen Invalidität wurden bisher nicht separat ermittelt, sondern im Segment der klassischen Lebensversicherung ausgewiesen. In der Jahresmeldung 2017 wurden die Risiken erstmals im Risikomodul Versicherungstechnisches

Risiko Gesundheit ausgewiesen. Das Stornorisiko fällt durch die neue Modellierung höher als im Vorjahr aus. Der Anstieg wird jedoch teilweise durch höhere Diversifikationseffekte ausgeglichen.

Risikominderung

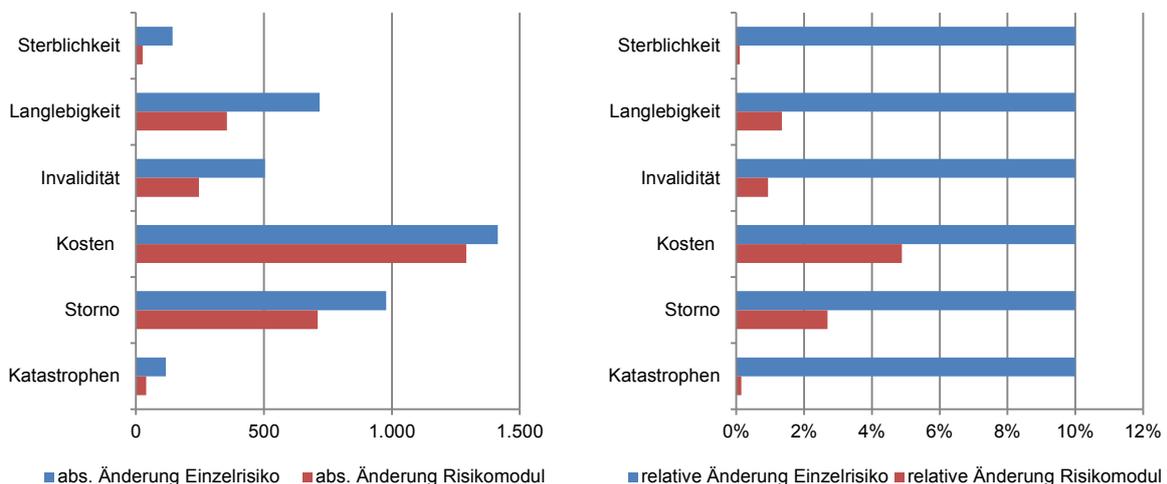
Als wesentliche Maßnahme zur Risikominderung findet vor Vertragsabschluss abgestuft nach den versicherten Risiken und der Höhe der Absicherungssumme eine Risikoprüfung statt, die gegebenenfalls zur Nichtannahme eines Risikos oder zu ergänzenden Risikoaufschlägen auf die kalkulierte Prämie führt. Als weitere Risikomindernde Maßnahme wird die Höhe des Einmalbeitragsgeschäfts fortlaufend überwacht.

Als weitere wesentliche Maßnahme zur Risikominderung wird ein Teil der eingegangenen Risiken rückversichert. Dadurch kann u.a. das Risiko, das durch einen nicht ausreichenden Risikoausgleich im eigenen Versichertenbestand entsteht, angemessen abgesichert werden.

Risikosensitivität

Um die Sensitivität der Kapitalanforderung auf Änderungen der einzelnen Risiken zu untersuchen, werden regelmäßig Analysen durchgeführt. Ausgehend von der letzten Jahresmeldung werden die Kapitalanforderungen der einzelnen Risikokategorien um jeweils 10 % erhöht. Diese Methode impliziert, dass die zugrundeliegenden Stressfaktoren des Standardmodells verschärft wurden.

Die Ergebnisse der Sensitivitätsanalyse zeigen, dass die Kapitalanforderung des versicherungstechnischen Risikos Leben durch die hohe Diversifikation nur geringfügig auf eine Erhöhung der einzelnen Risiken reagiert. Eine Erhöhung des Kostenrisikos um 10 % würde zu einer Erhöhung des versicherungstechnischen Risikos Leben von 4,9 % führen.



C.2 Marktrisiko

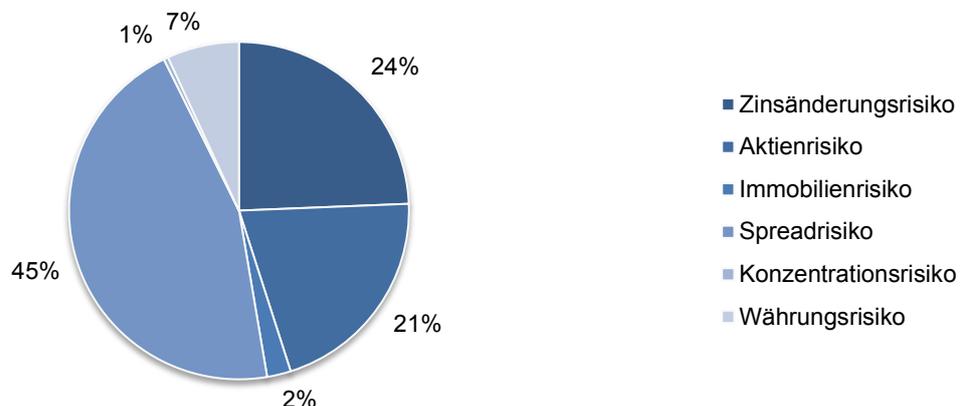
Marktrisiko (in Tausend EUR)	"Brutto" 31.12.2017	"Netto" 31.12.2017	"Netto" Vorjahr
Zinsänderungsrisiko	50.389	18.326	25.083
Aktienrisiko	25.495	15.591	13.546
Immobilienrisiko	3.479	1.708	2.411
Spreadrisiko	59.374	34.132	43.422
Konzentrationsrisiko	635	321	0
Währungsrisiko	8.709	5.162	4.426
Diversifikationseffekt	-27.794	-13.655	-15.160
Gesamt	120.286	61.584	73.728

Die Kapitalanlagen der Öffentlichen werden unter strikter Beachtung der gesetzlichen, aufsichtsrechtlichen und innerbetrieblichen Bestimmungen in einem strukturierten Anlageprozess investiert. Das Portfolio der Öffentlichen ist überwiegend europäisch ausgerichtet und vereint die positiven Effekte breiter Diversifikation und *Granularität*.

Grundlage des Risikomanagements zur Steuerung der HGB-Welt bilden die Verfahren der Risikomessung, das vom Vorstand verabschiedete Risikokapital, das definierte Anlageuniversum und die Limitsysteme. Das verfügbare Risikokapital wird mindestens einmal jährlich im Rahmen des Planungsprozesses vom Vorstand im Hinblick auf die absolute Höhe und die prozentuale Risikobedeckung beschlossen. Darüber hinaus verfolgt die Öffentliche ein mehrdimensionales Risikosteuerungskonzept mit monatlicher Risikoquantifizierung. Neben der Überwachung des ökonomischen Risikos sind eine bilanzielle und eine aufsichtsrechtliche Betrachtungsweise implementiert.

Auf Basis einer Auslastungsanalyse des verfügbaren Risikokapitals wird darüber entschieden, ob Risiken auf- bzw. abgebaut werden.

Die Analyse der unternehmensspezifischen Besonderheiten der versicherungstechnischen Verpflichtungen und die daraus resultierenden Zahlungsverprechen bilden den Ausgangspunkt für die Kapitalanlagetätigkeit. Die Erwartungen hinsichtlich Leistungszeitpunkt und Leistungshöhe bestimmen die Struktur des Kapitalanlagebestandes. Damit steht die Sicherheit der Kapitalanlagen im Vordergrund für die Anlageentscheidung.



Im Vergleich zum Vorjahr konnte das Spreadrisiko durch den Abgang spreadbehafteter Papiere deutlich reduziert werden. Das Aktienrisiko und das Währungsrisiko steigen in Folge eines höheren Investitionsvolumens in Aktienfonds und internationale Anlagen. Das Zinsänderungsrisiko sinkt durch Bestandsveränderungen auf der Passivseite und der leicht gestiegenen Zinsstrukturkurve.

Zinsänderungsrisiko

Die Kapitalanlagen der Öffentlichen dienen zum überwiegenden Teil der Bedeckung von zukünftigen Verpflichtungen gegenüber den Versicherungsnehmern. Dies stellt besondere Anforderungen an die Sicherheit der Kapitalanlage und an ein damit korrespondierendes Risikomanagement.

Die Anlagestrategie der Öffentlichen orientiert sich an den Verpflichtungen der Passivseite. Neben der dauerhaften Erfüllung der Garantien kommt der Erwirtschaftung einer marktgerechten Überschussbeteiligung im langfristig orientierten Geschäftsmodell der Lebensversicherung eine besondere Bedeutung zu.

Die Öffentliche sichert über langfristige Simulationen im Rahmen des Asset-Liability-Managements ab, dass die gewählte Kapitalanlagestrategie die Erfordernisse der zinspflichtigen Passiva erfüllen kann. Dazu werden neben einem Best Estimate Cashflow in Bezug auf die garantierten Verpflichtungen auch Cashflows mit einer veränderten Ausübung der in den Versicherungsprodukten enthaltenen Optionen durch die Versicherungsnehmer simuliert. Die Öffentliche leitet über das ALM-Modell ein Durationsziel für die Steuerung der Aktivseite ab.

Aktienrisiko

Beim Aktienrisiko ist zwischen dem Typ 1- und dem Typ 2-Risiko zu unterscheiden.

Über das Typ 1-Risiko werden die im Rahmen der Spezialfondsmandate gehaltenen Aktien abgebildet. Das Aktienportfolio der Öffentlichen ist international diversifiziert.

Über das Typ 2-Risiko werden sämtliche Beteiligungen sowie Fonds und Beteiligungen mit Fremdkapitaleinsatz erfasst. Des Weiteren berücksichtigt diese Position alle Anlagen, bei denen der *look-through-approach* nicht angewendet wird, wie beispielsweise Publikumsfonds.

Immobilienrisiko

Unter das Immobilienrisiko fallen bei der Öffentlichen hauptsächlich Immobilien im Direktbestand. Diese befinden sich meist in zentraler Lage.

Spreadrisiko

Das Spreadrisiko der Öffentlichen ist eines der dominierenden Bruttoisiken. Die Öffentliche Lebensversicherungsanstalt Oldenburg steuert ihr Kreditrisiko im indirekten Kapitalanlagebestand über Anlagerichtlinien, die eine hohe Granularität der Einzeltitel gewährleisten. Im direkten Bestand erfolgt die Steuerung durch sorgfältige Auswahl und Streuung der Emittenten und eine monatliche, kontinuierliche Ratingüberprüfung. Konzentrationsrisiken werden über interne Emittentenlimite (Schuldnerbegrenzung), die deutlich über die aufsichtsrechtlichen Anforderungen hinausgehen, begrenzt. Darüber hinaus

werden sämtliche Direktbestandspositionen des Risikoportfolios berichtet und im zuständigen Risikogremium überwacht. Die Öffentliche Lebensversicherungsanstalt Oldenburg verfügt damit über einen Prozess, der sicherstellt, dass die Werthaltigkeit der Schuldtitel angemessen untersucht wird.

Konzentrationsrisiko

Im Rahmen des Konzentrationsrisikos wird das Ausfallrisiko, das sich aus einer zu hohen Konzentration hauptsächlich bei einem Geschäftspartner ergibt, erfasst. Aufgrund der hohen Granularität des Bestandes der Öffentlichen ist diese Position mit einem Brutto-SCR von 635 Tausend Euro von nachrangiger Bedeutung.

Ausfallrisiken im Kapitalanlagebestand begegnet die Öffentlichen neben einer sorgfältigen Titelauswahl bei Erwerb sowie eines laufenden Monitorings durch ein quantitatives Limitsystem, das die unterschiedlichen Kreditqualitäten berücksichtigt und deutlich über die aufsichtsrechtlichen Anforderungen hinausgeht.

Fremdwährungsrisiko

Das Fremdwährungsrisiko der Öffentlichen Lebensversicherungsanstalt Oldenburg beträgt 5.162 Tausend Euro. Durch eine stärkere internationale Diversifizierung ist das Risiko gegenüber dem Vorjahr angestiegen. Insgesamt ist der Anteil des Engagements in Fremdwährungen von untergeordneter Bedeutung.

Staatsanleihen

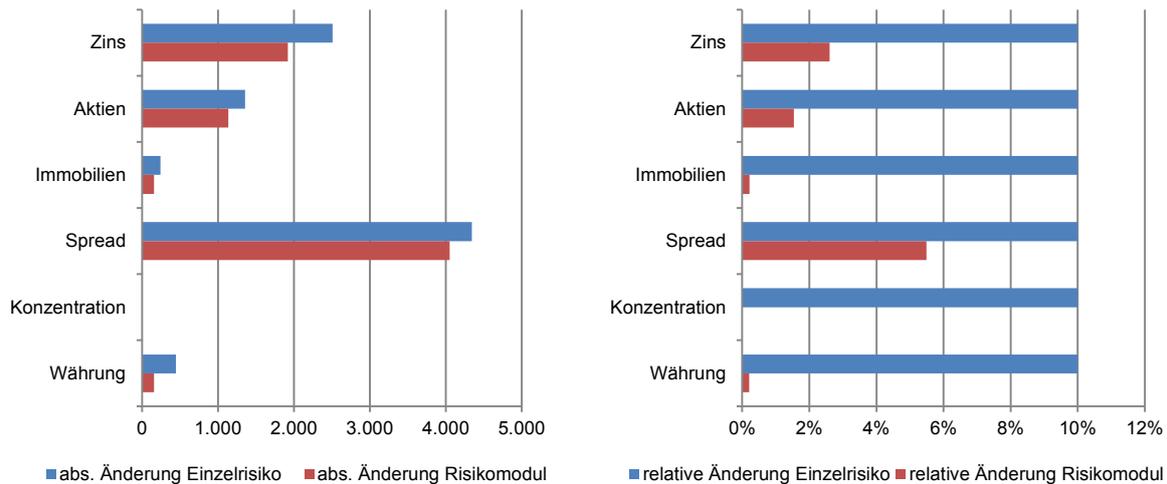
Die Öffentliche verfügt über ein breit diversifiziertes Portfolio. Besonders Staatsanleihen sind aufgrund ihrer Sicherheiten und Garantien ein wichtiger Bestandteil des Portfolios. Risiken aus Staatsanleihen begegnet die Öffentliche mit einem umfangreichen Analyseprozess sowie einer diversifizierten und granulierten Allokation (Limitsystem).

Im Zuge der andauernden Euro-Schuldenkrise stehen weiter Anleihen der sogenannten PIIGS-Staaten (Portugal, Irland, Italien, Griechenland, Spanien) unter besonderer Beobachtung. Mit einem Volumen von derzeit unter 1 % der gesamten Kapitalanlagen stellen die indirekt gehaltenen Investments in Staatsanleihen der PIIGS-Länder allerdings ein untergeordnetes Volumen dar.

Risikosensitivität

Um die Sensitivität der Kapitalanforderung auf Änderungen der einzelnen Risiken zu untersuchen, werden regelmäßig Analysen durchgeführt. Ausgehend von der letzten Jahresmeldung werden die Kapitalanforderungen der einzelnen Risikokategorien um jeweils 10 % erhöht. Diese Methode impliziert, dass die zugrundeliegenden Stressfaktoren des Standardmodells verschärft wurden.

Die Ergebnisse der Sensitivitätsanalyse zeigen, dass die Kapitalanforderung des Marktrisikos durch die hohe Diversifikation nur geringfügig auf eine Erhöhung der einzelnen Risiken reagiert. Einzig die Erhöhung des dominierenden Spreadrisikos erhöht die Kapitalanforderung um mehr als 5 %.



C.3 Kreditrisiko

Das Kreditrisiko setzt sich aus mehreren Komponenten zusammen.

- Das Ausfallrisiko wird im Standardmodell in einem eigenen Modul bewertet und umfasst Risiken, die sich aus einem unerwarteten Ausfall oder der Verschlechterung der Bonität von Gegenparteien und Schuldern des Versicherungsunternehmens ergeben.
- Das Spread- und Konzentrationsrisiko von Kapitalanlagen wird im Marktrisiko erfasst.

Das Ausfallrisiko der Öffentlichen Lebensversicherungsanstalt Oldenburg beträgt gemäß Standardmodell 1.067 Tausend Euro und ist im Risikoprofil der Öffentlichen Lebensversicherungsanstalt Oldenburg von untergeordneter Bedeutung.

Ausfallrisiko Rückversicherer

Das Ausfallrisiko gegenüber Rückversicherern resultiert im Wesentlichen aus eingeschränkter oder fehlender Zahlungsfähigkeit des Rückversicherers. Hinsichtlich des Bonitätsrisikos aus der Zession von Versicherungsrisiken wird die Kreditwürdigkeit in der bewährten Struktur der Rückversicherungnahme über den Verband der öffentlichen Versicherer als hinreichend sicher eingestuft; die Abrechnungsforderungen aus dem Rückversicherungsgeschäft sind gering. Das Risiko eines Forderungsausfalls gegenüber dem Rückversicherer ist vernachlässigbar.

Sonstiges Ausfallrisiko

Beim Ausfallrisiko gegenüber Versicherungsvermittlern handelt es sich in erster Linie um vorausgezahlte Provisionen der Produkte Riester-Rente und Flexible Firmenrente; die vorausgezahlten Provisionen sollen durch laufende Provisionsansprüche ausgeglichen werden. Forderungen an den Pensions-Sicherungs-Verein Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit (PSVaG) oder an andere Versicherer sind gering und das Ausfallrisiko daraus auch unter strenger Solvency II-Bewertung vernachlässigbar. Die für die Risikoberechnung zugrunde gelegten Forderungsbeträge sind bereits pauschalwertberichtigt. Der Risikowert insgesamt ist gering.

C.4 Liquiditätsrisiko

Um dem Liquiditätsrisiko zu begegnen, ist eine jährliche Liquiditätsplanung installiert. Diese betrachtet sowohl die bestehenden Kapitalanlagen als auch die Ein- und Auszahlungen des Versicherungsgeschäfts sowie sonstige Verpflichtungen. Auch die Verpflichtungen aus dem gestiegenen Einmalbeitragsgeschäft durch möglicherweise frühzeitigen Abruf seitens der Kunden können bei den derzeitigen Volumina des Geschäfts aus der laufenden Liquidität gedeckt werden. Dies wird im Rahmen der strategischen Liquiditätsplanung berücksichtigt. Dabei wird die Planung auf Jahresbasis aufgesetzt und dann auf Monatsbasis ermittelt. Das Liquiditätsrisiko wird anhand der Marktgängigkeit der entsprechenden Kapitalanlagen qualitativ abgeschätzt und ist aufgrund der beschriebenen Maßnahmen gering.

Der Gesamtbetrag des bei künftigen Prämien einkalkulierten erwarteten Gewinns, berechnet gemäß Artikel 260 Absatz 2 DVO, beträgt 12.668 Tausend Euro.

C.5 Operationelles Risiko

Mit Hilfe der halbjährlich stattfindenden Risikoinventur werden die Verlustpotentiale durch operationelle Risiken beobachtet, quantifiziert und überwacht. Um die Qualität der Risikoinventuren zu erhöhen, wurden 2016 erstmals sog. Risikoassessments durchgeführt. In diesen Workshops des Risikomanagements mit den Risikoinhabern in den einzelnen Fachabteilungen wurde das gemeinsame Risikoverständnis geschärft, die wesentlichen Risikoeinschätzungen kritisch hinterfragt sowie über neu aufkommende Risiken („emerging risks“) diskutiert.

Das interne Kontrollsystem stellt u.a. über verschiedene prozessabhängige Kontrollen sicher, dass operationelle Risiken vermieden bzw. deren Auswirkung minimiert werden. Die wesentlichen Unternehmensprozesse und deren Kontrollen werden zudem regelmäßig auf ihre Wirksamkeit überprüft.

Einen Schwerpunkt beim Risikomanagement der operationellen Risiken bilden die Risiken der Informationstechnologie. Durch umfassende Schutzvorkehrungen soll die Sicherheit von Daten und Anwendungen sowie die Aufrechterhaltung des laufenden Betriebs sichergestellt werden. Eine besondere Gefahr stellt der teilweise oder totale Ausfall von Systemen dar. Durch zwei getrennte Rechenzentrumsstandorte wird Vorsorge mit Daten- und Systemspiegelung getroffen. Das definierte Anlaufverfahren für den Katastrophenfall wird regelmäßig auf Wirksamkeit überprüft. Als Fazit kann aus der Notfallübung geschlossen werden, dass der EDV-Dienstleister (ivv) in der Lage ist, die Anwendungen in einem Notfall über längere Zeit aus einem Rechenzentrum zur Verfügung zu stellen.

C.6 Andere wesentliche Risiken

Strategische Risiken sind untrennbar mit jeder Geschäftstätigkeit verbunden. Es wird sichergestellt, dass bei strategischen Geschäftsentscheidungen neben den Chancen auch die Risiken angemessen berücksichtigt werden. Diesen Risiken wird durch intensive Beratung im Vorstand bzw. Risikokomitee und die frühzeitige Einbindung der Gremien begegnet.

Besondere strategische Risiken bestehen darin, den künftigen Marktanforderungen nicht mehr gerecht zu werden. Die Öffentliche Lebensversicherungsanstalt Oldenburg reagiert darauf mit einer jährlichen Überprüfung der strategischen Ausrichtung im Unternehmensplanungsprozess. Weiterhin passt die Öffentliche Lebensversicherungsanstalt Oldenburg das Geschäftsmodell an die Rahmenbedingungen im Markt (u. a. Kundenverhalten, technischer Fortschritt, Produktentwicklungen, gesetzliche Rahmenbedingungen, Demographie, Digitalisierung) über Vorhaben und Projekte laufend an. Die Versicherungswirtschaft ist geprägt von einem intensiven Verdrängungswettbewerb bei einem zunehmenden Kostendruck. Im Fokus der strategischen Planung stehen daher weiterhin die Optimierung der Geschäftsprozesse und eine mittelfristige Stabilisierung der Prozesskosten.

Alle strategischen Veränderungen und deren Auswirkung auf Erfolg und Risiko sind Bestandteil des laufenden Überwachungs- und Controllingprozesses. Unter Berücksichtigung dieser Maßnahmen wird das strategische Risiko für die Öffentliche Lebensversicherungsanstalt Oldenburg als beherrschbar eingeschätzt.

Die Verwirklichung von Reputationsrisiken kann Unternehmen nachhaltig schädigen. Diesen Risiken wird durch strukturierte Prozesse zur Informationsaufbereitung sowie situationsgerechte Kommunikation gegenüber Dritten (z.B. Kunden, Presse) begegnet. Unter Berücksichtigung dieser Maßnahmen wird das Reputationsrisiko für die Öffentliche Lebensversicherungsanstalt Oldenburg als derzeit beherrschbar eingeschätzt.

C.7 Sonstige Angaben

Nach aktueller Einschätzung liegen keine berichtspflichtigen sonstigen Informationen vor.

D. Bewertung für Solvabilitätszwecke

In diesem Kapitel werden die Methoden und Annahmen beschrieben, die bei der Bilanzierung und Bewertung der Vermögenswerte und Verbindlichkeiten gemäß Solvency II zu Grunde gelegt werden. Der Betrachtung unter Solvency II liegt dabei eine Marktwertsicht zu Grunde. Ebenso wird auf die wesentlichen Unterschiede der Bewertung der einzelnen Bilanzpositionen gemäß Solvency II zur Bewertung in der HGB-Bilanz eingegangen.

Eine externe Prüfung der Angemessenheit und Richtigkeit der Bewertung der Vermögenswerte und Verbindlichkeiten gemäß Solvency II erfolgt analog zur Bilanzierung gemäß HGB durch den Wirtschaftsprüfer.

D.1 Vermögenswerte

Im Unterschied zur Darstellung der HGB-Bilanz im Geschäftsbericht wird in der dargestellten Sicht unter Solvency II der große Posten der Namens- und Inhaberschuldverschreibungen unter „Kapitalanlagen“ und nicht unter „Darlehen und Hypotheken“ geführt.

Liste der Vermögenswerte (in TEUR)	Solvency II	HGB
Immaterielle Vermögenswerte	0	157
Aktive latente Steuern	2.261	0
Immobilien, Sachanlagen, Vorräte für den Eigenbedarf	908	908
Kapitalanlagen	1.188.120	1.062.888
Vermögenswerte für index- und fondsgebundene Verträge	2.974	2.974
Darlehen und Hypotheken	58.708	54.812
Einforderbare Beträge aus Rückversicherungsverträgen	-25.093	10.994
Forderungen ggü. Versicherungen und Vermittlern	4.072	7.596
Forderung ggü. Rückversicherern	26	26
Sonstige Forderungen	1.411	1.411
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	8.288	8.288
Alle anderen Vermögenswerte	102	11.808
Gesamt	1.241.777	1.161.860

Auf Seiten der Vermögenswerte ergeben sich die großen Unterschiede zwischen der Marktwertsicht unter Solvency II und der HGB-Buchwertsicht vor allem in drei Bereichen.

- Bei den Kapitalanlagen liegt der Marktwert um den in der HGB-Bilanz nicht enthaltenen Saldo aus den sogenannten stillen Reserven und Lasten höher als der Buchwert. Stille Reserven ergeben sich vor allem im Bereich der Immobilien und auf Grund der aktuellen Niedrigzinsphase im Bereich der Zinstitel.
- Die Anteile der Rückversicherung an den versicherungstechnischen Rückstellungen liegen im Marktwert deutlich niedriger als die entsprechenden Buchwerte. Ursache ist die unter HGB vorsichtige Berechnung der Rückstellungen, die sich hier analog zur

Bewertung der versicherungstechnischen Rückstellungen im Eigenbehalt auf der Verpflichtungsseite zeigt.

- Durch den Übergang auf Marktwerte ergeben sich aus der Umbewertung einzelner Posten auf der Aktiv- und Passivseite der Bilanz Belastungen oder Entlastungen für die Eigenmittel. Bei Belastungen ergibt sich dann jeweils ein positiver Wert aus der steuerlichen Wirkung der Umbewertung zur möglichen Verrechnung mit Steuern auf zukünftige Unternehmensgewinne. Dieser wird als latente Steuer geführt.

Im Folgenden ist das Vorgehen bei der Bewertung je Bilanzposition beschrieben.

Immaterielle Vermögenswerte

Die dieser Position zugeordneten Werte werden als unveräußerlich mit einem Wert von Null angenommen.

Die HGB-Bewertung erfolgt zu Anschaffungskosten abzüglich planmäßiger Abschreibungen entsprechend der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer.

Aktive latente Steuern

Die aktiven latenten Steuern werden pro Posten als Differenz zwischen dem Marktwert und dem Steuerbilanzwert unter Berücksichtigung des jeweiligen Steuersatzes ermittelt. Es wird nur der werthaltige Anteil in der Bilanz ausgewiesen. Bis zur Höhe der latenten Steuerschulden wird eine Werthaltigkeit der latenten Steueransprüche als gegeben unterstellt. Besteht ein Überhang aktiver latenter Steuern, wird dieser einer Werthaltigkeitsprüfung unterzogen und ist ggf. zu begrenzen.

In der HGB-Bilanz ergeben sich aktive latente Steuern als Betrag zukünftiger Steuerentlastungen aus der Differenz zwischen den handelsrechtlichen und den steuerlichen Wertansätzen einzelner weniger Bilanzposten.

Immobilien und Sachanlagen für den Eigenbedarf

Als Marktwert der Sachanlagen wird der Buchwert angenommen. Der Ansatz ist eher konservativ, da auch nach HGB abgeschriebene Sachanlagen i.d.R. noch einen Restwert besitzen. Die Bewertung erfolgt zu Anschaffungskosten vermindert um die Abschreibung für Abnutzung.

Vorräte werden im Gegensatz zum Vorjahr nun unter der Position „Alle anderen Vermögenswerte“ ausgewiesen.

Kapitalanlagen (inkl. Darlehen und Hypotheken)

Die Bewertung der Kapitalanlagen erfolgt unter Solvency II soweit möglich durch Marktpreise, die an aktiven Märkten für den gleichen Vermögenswert notiert sind. Wenn dies nicht möglich ist können verlässlich beobachtbare Preise auf aktiven Märkten von ähnlichen Vermögenswerten ggf. mit Anpassungen verwendet werden. Für die Bilanzierung gilt der „Dirty Value“-Ansatz, d.h. Zins- und Mieterträge, die auf die Zeit bis zum Abschlussstichtag entfallen, aber noch nicht fällig sind, werden im Gegensatz zur HGB-Bilanz den entsprechenden Positionen der Kapitalanlage zugerechnet, und nicht unter der Position „Alle anderen Vermögenswerte“ geführt.

Kapitalanlagen (in TEUR)	Solvency II	HGB
Immobilien	13.989	10.912
Anteile an verbundenen Unternehmen, einschließlich Beteiligungen	6.139	6.080
Aktien - notiert	0	0
Aktien - nicht notiert	5.955	1.771
Staatsanleihen	470.802	425.660
Unternehmensanleihen	514.985	453.532
Organismen für gemeinsame Anlagen	175.883	164.933
Derivate	367	0
Einlagen außer Zahlungsmitteläquivalente	0	0
Darlehen und Hypotheken an Privatpersonen	40.393	37.672
Sonstige Darlehen und Hypotheken	15.565	14.986
Policendarlehen	2.750	2.153
Gesamt	1.246.828	1.117.699

Zur Bewertung der eigen- und fremdgenutzten Objekte wird für Immobilien der Ertragswert angesetzt. Im letzten Jahr wurde bei eigengenutzten Immobilien noch ein Mischwert aus Ertrags- und Sachwert zugrunde gelegt. Es ergeben sich Differenzen zur HGB-Bilanzierung. Hier werden Immobilien zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten, vermindert um die steuerlich zulässigen Abschreibungen, ausgewiesen.

Die Bewertung von Beteiligungen erfolgt nach dem Ertragswertverfahren, unter HGB zu Anschaffungskosten oder dem niedrigeren beizulegenden Wert.

Bei Aktien, Staatsanleihen, Unternehmensanleihen und Investmentfonds erfolgt die Bewertung mit dem Marktkurs. Unter HGB erfolgt die Bewertung ebenfalls mit dem Marktkurs, jedoch höchstens mit den Anschaffungskosten.

Der Marktwert von Namenspapieren und Hypotheken wird durch Abzinsung zukünftiger Zahlungen unter Berücksichtigung der individuellen Bonität der jeweiligen Anlage über Risikoauf- und -abschläge (Spreads) bestimmt. Differenzen ergeben sich zur Ansetzung des Nennwertes unter HGB. Agien und Disagien werden unter Anwendung der Effektivzinsmethode berücksichtigt, aber außerhalb der Kapitalanlagen ausgewiesen.

Der Marktwert von Termingeldern sowie die Bewertung der Optionen erfolgt mittels geeigneter finanzmathematischer Modelle und Methoden. Für die Bewertung der Policendarlehen erfolgt eine Zahlungsstrom-Ermittlung auf Einzeltitelebene des Datenbestands. Die Zahlungsströme werden diskontiert, das Kündigungsverhalten der Darlehensnehmer wird berücksichtigt. Im letzten Jahr wurden Policendarlehen noch mit dem Nennwert bilanziert. Einlagen bei Kreditinstituten werden mit dem Nennwert geführt.

Vermögenswerte für index- und fondsgebundene Verträge

Die Kapitalanlagen für die fondsgebundene Lebensversicherung werden bereits unter HGB mit ihrem Zeitwert angesetzt. Dieser wird in der Solvency II-Sicht übernommen.

Einforderbare Beträge aus Rückversicherungsverträgen

Im Gegensatz zur HGB-Bilanz, in der die Anteile der Rückversicherung an den versicherungstechnischen Rückstellungen aus den Rückstellungen herausgerechnet werden

(sog. „modifiziertes Nettoprinzip“), wird unter Solvency II die Aktivseite um diesen Betrag als Forderung verlängert.

Die passive Rückversicherung ist sowohl bei der Ermittlung der passivseitigen Zahlungsströme als auch im Branchensimulationsmodell (BSM) vereinfacht modelliert. Die handelsrechtlich vorhandenen Anteile an den versicherungstechnischen Rückstellungen bzw. Depotverbindlichkeiten werden ausgebucht.

Forderungen gegenüber Versicherungen und Vermittlern

Der Marktwert bildet sich aus den fälligen Ansprüchen gegenüber Versicherungsnehmern und Ansprüchen gegenüber Versicherungsvermittlern. Er wird mit dem HGB-Wert angesetzt, da von kurzfristigen Forderungen ausgegangen wird.

In der HGB-Bewertung wird der Nennwert unter Berücksichtigung notwendiger Abschreibungen und Wertberichtigungen angesetzt.

Forderung gegenüber Rückversicherern

Da es sich in der Regel um Forderungen aus quartärlchen oder jährlichen Abrechnungen handelt, wird als Buch- und Marktwert der Nennwert unter Berücksichtigung notwendiger Abschreibungen und Wertberichtigungen angesetzt.

Sonstige Forderungen

Diese werden unter HGB mit dem Nennwert angesetzt. Notwendige Abschreibungen und Wertberichtigungen werden berücksichtigt. Da es sich in der Regel um kurzfristige Forderungen handelt, wird der Marktwert gleich dem Buchwert gesetzt.

Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente

Der Ausweis der laufenden Guthaben bei Kreditinstituten, der Schecks und des Kassenbestandes erfolgt für Markt- und Buchwert mit dem Nennbetrag.

Alle anderen Vermögenswerte, soweit nicht anders ausgewiesen

Dieser Posten beinhaltet andere kurzfristige Vermögensgegenstände und sonstige Rechnungsabgrenzungsposten. Die Differenz zwischen Markt- und Buchwert ergibt sich aus der Umwidmung von Zins- und Mieterträgen, die auf die Zeit bis zum Abschlussstichtag entfallen, aber noch nicht fällig sind, in der Marktwertbilanz. Diese werden im Gegensatz zur HGB-Bilanz den entsprechenden Positionen der Kapitalanlage zugerechnet. Vorräte – die im Vorjahr noch gemeinsam mit den Immobilien und Sachanlagen ausgewiesen wurden – werden mit dem niedrigeren Wert aus Anschaffungs- und Herstellkosten bewertet.

D.2 Versicherungstechnische Rückstellungen

Die zur Bewertung der versicherungstechnischen Rückstellungen erforderlichen Zahlungsströme der Versicherungstechnik werden unter Verwendung eines Modells der Versicherungsseite in der Modellierungssoftware Prophet auf Basis von Einzelverträgen erzeugt. Die Risikomargen beziffern dabei die nicht vermeidbaren Eigenkapitalkosten der einzelnen aktuellen Teilbestände, die bei einer Abwicklung dieser mindestens anfallen.

Versicherungstechnische Rückstellungen (in TEUR)	Solvency II	HGB
vt. Rückstellungen - Leben (ohne Kranken und fonds- u. indexgebundene Leben)	976.937	1.067.529
Best Estimate	1.157.797	
Risikomarge	18.105	
Abzugsterm Rückstellungstransitional	-198.964	
vt. Rückstellungen - Krankenversicherung (nach Art der Lebensversicherung)	11.809	38.211
Best Estimate	5.642	
Risikomarge	6.167	
vt. Rückstellungen - index- und fondsgebundene Versicherungen	2.674	2.983
Best Estimate	2.502	
Risikomarge	172	
Andere vt. Rückstellungen	0	0
Gesamt	991.420	1.108.723

Die Bewertung der Versicherungstechnischen Rückstellungen erfolgt unter Verwendung der Volatilitätsanpassung (VA) nach § 82 VAG und der Übergangsmaßnahme für versicherungstechnische Rückstellungen nach § 352 VAG (Rückstellungstransitional (RT)).

Die bei der Projektion verwendeten Annahmen 2. Ordnung werden aus Bestandsanalysen abgeleitet. Für die Stornoannahmen werden je Gewinnverband, Produktzustand und abgelaufener Dauer Stornoquoten auf Basis der Storno-Daten des Vorjahres ermittelt. Die Sterblichkeit 2. Ordnung wird über einen Faktor auf die Sterblichkeit 1. Ordnung festgelegt. Die Annahmen zur Invalidisierung werden ebenfalls als Faktor auf die 1. Ordnung festgelegt und sind nach Berufsgruppen und Geschlecht differenziert. Für die Kostenannahmen werden Parameter für Provision, fixe Abschlusskosten, variable und fixe Verwaltungskosten, Regulierungskosten je Leistungsfall bzw. Rentenzahlung und ein Saldo aus sonstigen nichtversicherungstechnischem Ergebnis festgesetzt.

Da die oben erwähnten Annahmen 2. Ordnung aus historischen Werten hergeleitet werden, ergibt sich naturgemäß eine gewisse Unsicherheit für die mit diesen Annahmen berechneten Werte. Aufgrund der verwendeten, aktuariell anerkannten Methoden und Verfahren sowie der einzelvertraglichen Modellierung ist diese Unsicherheit jedoch als unwesentlich zu betrachten. Darüber hinaus werden jährlich Tests durchgeführt, ob die Annahmen die Realität ausreichend genau treffen.

Zur Jahresmeldung 2017 wurden die versicherungstechnischen Rückstellungen für Invaliditätsabsicherungen erstmals separat als versicherungstechnische Rückstellungen Krankenversicherung bewertet. Die Rückstellungen für die fondsgebundene Lebensversicherung werden als separater LoB berücksichtigt. In der vorherigen Jahresmeldung wurden die versicherungstechnischen Rückstellungen für fonds- und indexgebundene Versicherungen mit den entsprechenden Fondsvermögen nach HGB angesetzt. Darüber hinaus wurden keine Zahlungsströme aus dem fonds- und indexgebundenen Geschäft berücksichtigt.

Die Berechnung der Risikomarge erfolgt über eine Approximation der Zeitreihe des SCR durch die Ermittlung von Näherungswerten für die Einzel- oder Teilrisiken innerhalb der für die Berechnung der künftigen Solvabilitätskapitalanforderungen zu verwendenden Module und Untermodule Es wird ein Kapitalkostensatz von 6 % angesetzt.

Auswirkungen einer Änderung der Volatilitätsanpassung auf null

Bei einer Änderung der Volatilitätsanpassung auf 0 Basispunkte beliefen sich die versicherungstechnischen Rückstellungen auf 993.101 Tausend Euro. Des Weiteren ergäben sich folgende Kapitalanforderungen und Eigenmittelsituation.

in Tausend EUR	31.12.2017	Vorjahr
Solvabilitätskapitalanforderung (SCR)	75.764	67.612
Anrechenbare Eigenmittel für das SCR	170.979	167.049
Bedeckungsquote	226 %	247 %
Mindestkapitalanforderung (MCR)	28.277	30.426
Anrechenbare Eigenmittel für das MCR	170.979	167.049
Bedeckungsquote	605 %	549 %

Auswirkungen einer Nichtanwendung der Übergangsmaßnahme nach § 352 VAG

Bei Nichtanwendung der Übergangsmaßnahme bei versicherungstechnischen Rückstellungen beliefen sich die versicherungstechnischen Rückstellungen auf 1.160.298 Tausend Euro. Des Weiteren ergäben sich folgende Kapitalanforderungen und Eigenmittelsituation. Des Weiteren ergäben sich folgende Kapitalanforderungen und Eigenmittelsituation.

in Tausend EUR	31.12.2017	Vorjahr
Solvabilitätskapitalanforderung (SCR)	74.776	61.845
Anrechenbare Eigenmittel für das SCR	27.579	13.817
Bedeckungsquote	37 %	22 %
Mindestkapitalanforderung (MCR)	32.667	27.830
Anrechenbare Eigenmittel für das MCR	23.442	11.744
Bedeckungsquote	72 %	42 %

Übersicht der Auswirkungen der Anwendung von §§ 82 und 352 VAG

Die folgende Tabelle gibt einen Überblick über die Auswirkungen der Anwendung bzw. Nichtanwendung der Volatilitätsanpassung sowie der Übergangsmaßnahme für versicherungstechnische Rückstellungen.

in Tausend EUR	mit Volatilitätsanpassung		ohne Volatilitätsanpassung	
	mit RT	ohne RT	mit RT	ohne RT
Anrechenbare Eigenmittel für das SCR	172.259	27.579	170.979	24.814
Anrechenbare Eigenmittel für das MCR	172.259	23.442	170.979	21.092
Solvabilitätskapitalanforderung (SCR)	71.374	74.776	75.764	79.046
Mindestkapitalanforderung (MCR)	27.865	32.667	28.277	33.157
SCR-Bedeckungsquote	241 %	37 %	226 %	31 %
MCR-Bedeckungsquote	618 %	72 %	605 %	64 %

D.3 Sonstige Verbindlichkeiten

Sonstige Verbindlichkeiten (in TEUR)	Solvency II	HGB
Sonstige Rückstellungen (ohne vt. Rückstellungen)	1.630	1.612
Pensionsrückstellungen	11.900	8.081
Depotverbindlichkeiten aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft	9.332	8.792
Passive latente Steuern	52.408	0
Verbindlichkeiten ggü. Versicherungen und Vermittlern	1.200	18.288
Verbindlichkeiten ggü. Rückversicherern	1.208	1.208
Verbindlichkeiten (Handel, nicht Versicherung)	420	420
Alle anderen Verbindlichkeiten	0	229
Gesamt	78.097	38.630

Sonstige Rückstellungen (ohne versicherungstechnische Rückstellungen)

Die Berechnung der Jubiläums-, und Alterszeitrückstellung wird im Rahmen einer Dienstleistung unter Anwendung des IAS19 parallel zur Berechnung des jeweils aktuellen Buchwertes gemäß dem Gesetz zur Modernisierung des Bilanzrechts durchgeführt.

Pensionsrückstellungen

Im HGB-Kontext erfolgt die Berechnung der mitarbeiterbezogenen Rückstellungen für Pensionszusagen nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren; zukünftige, nicht bekannte Gehalts- und Rentenanpassungen werden berücksichtigt. Die Berechnungen erfolgen durch Hinzuschätzung der prognostizierten Zinsentwicklung des Dezembers auf Basis der von der Bundesbank zum Stichtag veröffentlichten Zinssätze für Verpflichtungen mit der jeweiligen Laufzeit.

Für die Darstellung der Pensionsrückstellungen sind unter Solvency II zwingend die Vorschriften des IAS19 anzuwenden. Des Weiteren ist zwischen beitrags- und leistungsorientierten Versorgungsplänen zu unterscheiden. Die Berechnung wird im Rahmen einer Dienstleistung unter Anwendung des IAS19 parallel zur Berechnung des jeweils aktuellen BilMoG-Wertes durchgeführt.

Passive latente Steuer

Die passive latente Steuer wird pro Posten als Differenz zwischen dem Marktwert und dem Steuerbilanzwert unter Berücksichtigung des jeweiligen Steuersatzes ermittelt.

In der HGB-Bilanz ergeben sich passive latente Steuern als Betrag zukünftiger Steuerbelastungen aus der Differenz zwischen den handelsrechtlichen und den steuerlichen Wertansätzen einzelner weniger Bilanzposten.

Verbindlichkeiten gegenüber Versicherungen und Vermittlern

Für die Verbindlichkeiten aus dem selbstabgeschlossenen Geschäft wird der Marktwert gleich dem Buchwert gesetzt. Die verzinsliche Ansammlung und nicht abgehobene Gewinnanteile werden hierbei im Unterschied zur HGB-Bilanz nicht berücksichtigt. Diese

fließen implizit in die Zahlungsströme zur Bewertung der versicherungstechnischen Rückstellungen ein.

Verbindlichkeiten gegenüber Rückversicherern

Der Marktwert der Verbindlichkeiten gegenüber Rückversicherern wird gleich dem Buchwert gesetzt.

Verbindlichkeiten (Handel, nicht Versicherung)

Unter HGB erfolgt ein Ansatz mit dem Erfüllungsbetrag. Der Marktwert wird gleich dem Buchwert gesetzt.

Alle anderen Verbindlichkeiten, soweit nicht anders ausgewiesen

Der Marktwert beinhaltet die sonstigen Verbindlichkeiten und die Rechnungsabgrenzungsposten. Im Gegensatz zum HGB-Wert sind die Disagien nicht enthalten, da diese in der Solvency II-Bilanz bereits in der Bewertung der einzelnen Kapitalanlagen berücksichtigt sind.

D.4 Alternative Bewertungsmethoden

Die Bewertungsmethoden zu Vermögenswerten und Verbindlichkeiten sind in den Abschnitten D.1-D.3 beschrieben. Grundsätzlich von den Vorgaben abweichende Verfahren kommen bei der Bewertung nicht zur Anwendung.

D.5 Sonstige Angaben

Nach derzeitiger Einschätzung liegen keine berichtspflichtigen sonstigen Informationen vor.

E. Kapitalmanagement

E.1 Eigenmittel

Eigenmittelpolitik

Die Eigenmittelpolitik der Öffentlichen ist beeinflusst durch die Regelungen des NöVersG und der Satzung des Unternehmens. Durch die Träger wird ein angemessen dotiertes Trägerkapitals bereitgestellt. Gemäß der Satzung sind Verluste aus den Gewinnrücklagen und der satzungsmäßigen Rücklage und, wenn diese verbraucht sind, aus dem Trägerkapital, zu decken. Anderweitige Fremdkapitalmaßnahmen sieht das Gesetz nicht ausdrücklich vor. Aus Sicht des Unternehmens sind unter Berücksichtigung des Unternehmenszwecks nach § 2 NöVersG, der besonderen Vermögensbindung nach § 9 NöVersG und der Ausschüttungsbegrenzung nach § 10 Absatz 3 NöVersG Kapitalbeschaffungsmaßnahmen zu Marktkonditionen denkbar. Kapitalmaßnahmen, deren Entgelt direkt oder indirekt vom Jahresergebnis abhängig ist, stehen nicht zur Verfügung.

Vor dem Hintergrund der Binnenfinanzierung ist festzustellen, dass das Geschäftsmodell des Unternehmens sowohl in der historischen Entwicklung als auch aktuell funktioniert. In dem räumlich begrenzten Geschäftsgebiet ist unter Berücksichtigung der Spartenentrennung mit den aus dem eigenen Geschäft erwirtschafteten Überschüssen eine solide Eigenmittelausstattung gesichert und durch eine risikoadäquate Zeichnungspolitik mit gut dotierten versicherungstechnischen Rückstellungen die dauerhafte Erfüllbarkeit der Verpflichtungen gegenüber Versicherungsnehmern und Anspruchstellern im Sinne des öffentlichen Auftrags gewährleistet.

Aus der bereits skizzierten Konzeption des NöVersG bzw. der Satzung folgt für öffentlich-rechtliche Versicherungsunternehmen, dass an den ihnen zugeordneten Vermögenswerten keine Rechte Dritter, insbesondere auch nicht der jeweiligen Träger existieren. Umgekehrt beschränkt sich aber auch die Verpflichtung der Träger auf die Einzahlung des Trägerkapitals, sodass dieser Betrag das maximale Haftungspotenzial für die Träger darstellt.

Aufgrund der am öffentlichen Auftrag zu orientierenden Unternehmensentscheidungen handelt die Öffentliche Lebensversicherungsanstalt Oldenburg in Übereinstimmung mit den für sie selbst ebenfalls geltenden Rahmenbedingungen als treuhänderische Verwalterin fremden Vermögens ohne spezifisches Eigeninteresse am jeweiligen Treuhandvermögen. Es werden die jeweiligen unternehmensindividuellen Besonderheiten berücksichtigt und daraus die Leitlinien des Handels im Unternehmensinteresse abgeleitet.

Im Rahmen der mittelfristigen Unternehmensplanung wird die jederzeitige Bedeckung sämtlicher Verpflichtungen mit Eigenmitteln über den Unternehmensplanungshorizont sichergestellt.

Eigenmittelübersicht

Der aus der Solvabilitätsübersicht abgeleitete Überschuss der Vermögenswerte über die Verbindlichkeiten bildet die Grundlage für die Berechnung der anrechenbaren Eigenmittel.

Die Eigenmittel werden anhand der in §§ 91 und 92 VAG aufgeführten Kriterien in drei unterschiedliche Qualitätsklassen („Tiers“) eingeteilt. Zu diesen Kriterien gehören u.a. ständige Verfügbarkeit, Nachrangigkeit und Laufzeit.

Die folgende Tabelle gibt eine Übersicht über die aktuelle Zusammensetzung der Eigenmittel.

Eigenmittel (in Tausend EUR)	31.12.2017	Vorjahr
Verfügbare Eigenmittel (Tier 1)	172.259	174.202
Grundkapital	1.534	1.534
Überschussfonds	29.624	29.612
Überleitungsreserve	141.101	143.055
Verfügbare Eigenmittel (Tier 2)	-	-
Nicht eingezahltes Grundkapital	-	-
Verfügbare Eigenmittel (Tier 3)	-	-
Überhang aktiver latenter Steuer	-	-
Anrechenbare Eigenmittel zur SCR-Bedeckung	172.259	174.202

Die Überleitungsreserve berechnet sich aus dem Bilanzüberschuss nach Solvency II abzüglich der ausgewiesenen Eigenmittelbestandteile Grundkapital, Kapitalrücklage und Überschussfonds.

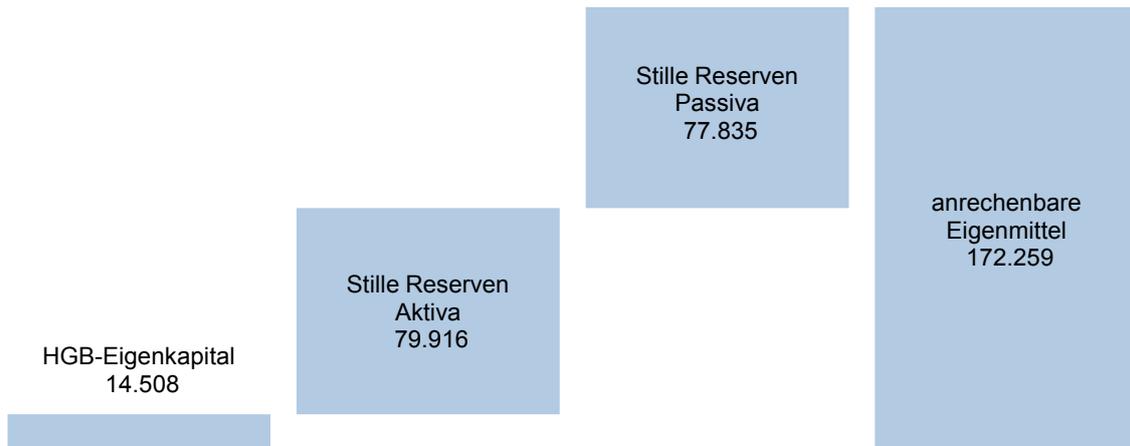
Im Vergleich zum Vorjahr sinken die Eigenmittel leicht. Dabei ist zu berücksichtigen, dass allein die Abschmelzung des Rückstellungstransitionals die Eigenmittel um 13.264 Tausend Euro reduziert. Dieser Umstand verdeckt die ansonsten positive Entwicklung der Eigenmittel, die die Folge gezielter Maßnahmen auf der Aktiv- und Passivseite ist.

Für die Bedeckung des SCR kommen die gesamten verfügbaren Eigenmittel der Qualitäten Tier 1 zur Anrechnung.

Die anrechenbaren Eigenmittel zur MCR-Bedeckung betragen 172.259 Tausend Euro. Für die Bedeckung des MCR kommen die Eigenmittel der Qualität Tier 1 voll, die der Qualitäten Tier 2 und Tier 3 hingegen nicht zur Anrechnung.

Vergleich mit HGB-Eigenkapital

Das Eigenkapital gemäß HGB in Höhe von 14.508 Tausend Euro setzt sich aus den Positionen Trägerkapital (1.534 Tausend Euro), Gewinnrücklagen (12.474 Tausend Euro) und Jahresüberschuss (500 Tausend Euro) zusammen. Die Unterschiede zu den anrechenbaren Eigenmitteln gemäß Solvency II sind im Wesentlichen auf die Bewertungsunterschiede bei Vermögenswerten und Verbindlichkeiten zurückzuführen. Die Differenzen zwischen marktwertorientierter Bewertung nach Solvency II und HGB-Bilanzierung bilden stille Reserven bzw. stille Lasten, die in die Berechnung der Eigenmittel nach Solvency II einfließen.



E.2 Solvenzkapitalanforderung und Mindestkapitalanforderung

Gemäß Artikel 297 Absatz 2 (a) Delegierte Verordnung (EU) 2015/35 wird darauf hingewiesen, dass die endgültigen Beträge der Solvenz- und Mindestkapitalanforderung noch der aufsichtlichen Prüfung unterliegen.

Solvvenzkapitalanforderung

Die Berechnung des SCR erfolgt unter Verwendung des Branchensimulationsmodells des GDV, insbesondere die Berechnung des Anteils des Zinsänderungsrisikos aus der Versicherungstechnik, die Risiken aus der Versicherungstechnik Leben und die Risikoabsorption durch latente Steuern und zukünftige Überschussbeteiligung.

Solvabilitätskapitalanforderung (in TEUR)	31.12.2017	Vorjahr
Versicherungstechnisches Risiko Leben	20.323	26.404
Versicherungstechnisches Risiko Gesundheit	7.874	-
Marktrisiko	61.584	73.728
Ausfallrisiko	1.067	863
Risikomodul Immaterielle Vermögenswerte	0	0
Diversifikationseffekt	-18.289	-16.435
Operationelles Risiko	4.453	4.489
Risikoabsorption durch latente Steuern	-5.639	-27.774
Gesamt	71.374	61.274

Im Vergleich zum Vorjahr ergibt sich eine deutlich höhere Solvabilitätskapitalanforderung, da die Risikoabsorption durch latente Steuern gesunken ist. Marktrisiken konnten im Berichtszeitraum spürbar reduziert werden. Das Versicherungstechnische Risiko Leben sinkt, da Risiken aus Invaliditätsabsicherungen erstmals unter dem Risikomodul Versicherungstechnisches Risiko Gesundheit bewertet werden.

Zum Stichtag stehen anrechenbare Eigenmittel in Höhe von 172.259 Tausend Euro zur Verfügung. Somit beträgt die Bedeckungsquote 241,3 %.

Mindestkapitalanforderung

Die Mindestkapitalanforderung wird in Höhe von 27.865 Tausend Euro ausgewiesen. Zum Stichtag stehen anrechenbare Eigenmittel in Höhe von 172.259 Tausend Euro zur Verfügung. Somit beträgt die Bedeckungsquote 618,2 %.

Die Höhe des linearen MCR liegt zwischen 25 % und 45 % des SCR, sodass er unverändert als MCR verwendet wird.

Durch neue Produkte und eine zielgerichtete Steuerung des Neugeschäfts soll eine ausgewogenere Bestandsstruktur in der Versicherungstechnik erreicht werden. Dies führt zu einer Verringerung der Passivduration und damit zu einem geringeren Risiko gegenüber Zinsänderungen.

Des Weiteren sind Änderungen in der Kapitalanlagestruktur in der Umsetzung, die zu einer Reduktion der Kapitalanlagerisiken, insbesondere des Spreadrisikos, führen. Der Abbau des Risikos und eine Verlängerung der Duration der Kapitalanlage werden das Risikoprofil der Lebensversicherungsanstalt senken.

Die beschriebenen Maßnahmen auf der Aktiv- und Passivseite werden mittelfristig zu einer deutlichen Verbesserung der Solvabilität der Lebensversicherungsanstalt führen.

E.3 Verwendung des durationsbasierten Untermoduls Aktienrisiko bei der Berechnung der Solvenzkapitalanforderung

Der durationsbasierte Ansatz für das Aktienrisiko wird nicht verwendet.

E.4 Unterschiede zwischen der Standardformel und etwa verwendeten internen Modellen

Ein internes Modell, ein partiell internes Modell oder unternehmensspezifische Parameter (USP) kommen nicht zur Anwendung.

E.5 Nichteinhaltung der Mindestkapitalanforderung und Nichteinhaltung der Solvenzkapitalanforderung

Im Berichtszeitraum kam es zu keiner Nichteinhaltung der Mindestkapitalanforderung oder Solvenzkapitalanforderung.

E.6 Sonstige Angaben

Im Zeitraum vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2017 konnte die Öffentliche Lebensversicherungsanstalt Oldenburg die Solvenz- und Mindestkapitalanforderung nur unter Verwendung der Übergangsmaßnahme für versicherungstechnische Rückstellungen nach § 352 VAG erfüllen. Es sind risikomindernde Maßnahmen auf der Produkt- und

Kapitalanlageseite ergriffen worden, um rechtzeitig vor Ablauf des Übergangszeitraums eine ausreichende Bedeckungssituation herzustellen.

Glossar

Ausgliederung

siehe Outsourcing

BilMoG

Gesetz zur Modernisierung des Bilanzrechts

Compliance

Einhaltung interner und externer rechtlicher Vorgaben

Deckungsrückstellung

Der in der Bilanz eines Versicherers angesetzte Wert der Verpflichtung aus einem Lebensversicherungsvertrag oder einem anderen Vertrag mit lang andauerndem Versicherungsschutz.

Disagio

Disagio oder Abgeld ist im Finanzwesen ein Abschlag vom Nennwert, der bei einer Kreditgewährung oder der Ausgabe eines Wertpapiers oder von Sorten vereinbart werden kann. Das Gegenteil des Disagios ist das Agio oder Aufgeld.

Diversifikationseffekte

Nach Solvency II sind Diversifikationseffekte eine Reduzierung des Gefährdungspotenzials von Versicherungsunternehmen und -gruppen durch die Diversifizierung ihrer Geschäftstätigkeit, die sich daraus ergibt, dass das negative Resultat eines Risikos durch das günstigere Resultat eines anderen Risikos ausgeglichen werden kann, wenn diese Risiken nicht voll korreliert sind. Diversifikationseffekte ergeben sich in der SCR-Standardformel auf der Modulebene bei der Aggregation zum Basis-SCR und innerhalb der Module.

Eigenmittel

Differenz der Vermögenswerte (Aktiva) und Verbindlichkeiten zu Marktwerten in der Solvency II-Bilanz. Die ökonomischen Eigenmittel entsprechen i.d.R. nicht dem bilanziellen Eigenkapital nach HGB, da z.B. Bewertungsreserven miteinbezogen sind. Die vorhandenen Eigenmittel unter Solvency II setzen sich aus den Basiseigenmitteln (ökonomische Eigenmittel + nachrangige Verbindlichkeiten) sowie den Ergänzenden Eigenmitteln zusammen. Ergänzende Eigenmittel sind z.B.: nicht eingeforderte/eingezahltes Grundkapital; Nachschusspflichten; Garantien aus Bürgschaften, Verlustübernahme-Verträgen etc.

Die ergänzenden Eigenmittel bedürfen zur Anrechnung der Genehmigung durch die Versicherungsaufsicht. Sie sind in ihrer Anrechnung begrenzt. Um zu den anrechnungsfähigen Eigenmitteln zu gelangen, werden die Eigenmittelbestandteile in Werthaltigkeitsklassen eingeordnet, die bestimmten quantitativen Limiten unterliegen.

Gesamtsolvabilitätsbedarf

Der Gesamtsolvabilitätsbedarf ist die intern geforderte Kapitalanforderung, die sich aus den wesentlichen Risiken binnen eines Jahres gemäß Säule II ergibt. Die Quantifizierung erfolgt mindestens einmal jährlich.

Governance-Funktion

Zu den Governance-Funktionen nach Solvency II gehören:

- Risikomanagement-Funktion
- Compliance-Funktion
- Interne Revision
- Versicherungsmathematische Funktion

Diese Governance-Funktionen sind in der Solvency II-Richtlinie als Schlüsselfunktionen festgelegt. Möglicherweise können neben diesen Governance-Funktionen weitere Schlüsselfunktionen in Unternehmen identifiziert werden.

Governance-System

Die Solvency II-Richtlinie enthält keine explizite Definition zu Governance (in etwa „gute Unternehmensführung“) bzw. Governance-System (ähnlich zu „ordnungsgemäßer Geschäftsorganisation“ gemäß § 64a VAG 2015 MaRisk VA). Gekennzeichnet ist das Governance-System nach der Solvency II-Richtlinie durch aufbau- und ablauforganisatorische Bestandteile, u.a. durch Governance-Funktionen und einen Risikomanagementprozess.

Granularität

Unter Granularität versteht man im Bankwesen die mehr oder weniger große Streuung des Kreditrisikos nach der Kredithöhe. Die Granularität misst lediglich nach Größenklassen.

Kreditrisiko

Definiert als das Risiko eines Verlustes oder nachteiliger Veränderungen der Finanzlage, das sich aus Fluktuationen bei der Bonität von Wertpapieremittenten, Gegenparteien und anderen Schuldnern ergibt, gegenüber denen das Versicherungsunternehmen Forderungen haben und das in Form von Gegenparteiausfallrisiken, Spread-Risiken oder Marktrisikokonzentrationen auftritt.

Limitsystem

Unternehmen setzen Limitsysteme ein, um bei Überschreitung von ex ante festgelegten Grenzwerten automatisch Absicherungsmaßnahmen zu erzwingen. Bei der Limitfestsetzung ist das Risikotragfähigkeitspotenzial des Unternehmens zu berücksichtigen, welches von dem verfügbaren Eigenkapital abhängt. Der Anteil des Limits am Eigenkapital ist von der Risikobereitschaft des Unternehmens abhängig.

Line of Business (LoB)

Line of Business ist der englische Begriff für das Wort „Sparte“, mit dem ein bestimmter Zweig des Versicherungsgeschäfts bezeichnet wird. Da die gesetzlich definierten Lines of Business nicht deckungsgleich mit den üblicherweise verwendeten Versicherungssparten sind, wird zur Unterscheidung im Solvency II-Kontext stets der englische Begriff verwendet.

Marktrisiko

Unter Solvency II definiert als das Risiko eines Verlustes oder nachteiliger Veränderungen der Finanzlage, das sich direkt oder indirekt aus Schwankungen in der Höhe und in der Volatilität der Marktpreise für die Vermögenswerte, Verbindlichkeiten und Finanzinstrumente ergibt. Marktrisiken können sich also auf beiden Seiten der Solvency II-Bilanz ergeben (insbesondere Zinsrisiken). Dem wird durch eine szenariobasierte Betrachtung der Bilanz vor und nach Schock Rechnung getragen, in dem die Veränderung des „net asset value“ als Basis für die Höhe des SCR dient.

Mindestkapitalanforderung (Minimum Capital Requirement, MCR)

Das MCR ist die regulatorische Untergrenze des Solvabilitätskapitals im Rahmen der ersten Säule von Solvency II. Es stellt die letzte aufsichtsrechtliche Eingriffsschwelle dar, bevor dem Unternehmen die Erlaubnis zum Geschäftsbetrieb entzogen wird.

Das MCR ergibt sich aus einem einfachen Faktormodell unter Berücksichtigung des Prämien- und Reserverisikos sowie spartenspezifischer Besonderheiten des Versicherungsunternehmens. Es muss in einem definierten Bereich liegen, der von der erforderlichen Solvabilitätskapitalanforderung abhängt. Zusätzlich ist als absolute Untergrenze ein fixierter Kapitalbetrag vorgegeben, der von den betriebenen Versicherungszweigen abhängt.

Modified Duration

Die Modified Duration ist eine Maßzahl zur Zinssensitivität. Mit ihr lässt sich eine Aussage zum Risikogehalt der Anleihe treffen. Die Modified Duration gibt eine Aussage über die prozentuale Kursveränderung einer Anleihe bei einer Marktzinsveränderung von 100 Basispunkten bzw. 1,0 %.

NöVersG

Gesetz über die öffentlich-rechtlichen Versicherungsunternehmen in Niedersachsen vom 10. Januar 1994.

Operationelles Risiko

Unter dem operationellen Risiko wird allgemein das Verlustrisiko verstanden, das sich aus der Unangemessenheit oder dem Versagen von internen Prozessen, Mitarbeitern, Systemen oder durch externe Ereignisse ergibt. Operationelle Risiken sind grundsätzlich schwer quantifizierbar und werden daher in der SCR-Berechnung mit Hilfe der Standardformel nur pauschal berücksichtigt. Beispiele für operationelle Risiken sind Betrug durch Beschäftigte oder der Ausfall von IT-Systemen.

Outsourcing

Vereinbarungen, die zwischen einem Versicherungsunternehmen und einem Dienstleister getroffen werden, aufgrund derer der Dienstleister direkt oder durch weiteres Outsourcing einen Prozess, eine Dienstleistung oder eine Tätigkeit erbringt, die ansonsten vom Versicherungsunternehmen selbst erbracht werden würde. Im VAG als Ausgliederung und allgemein auch als Auslagerung bezeichnet. Um Marktentwicklungen Rechnung zu tragen und sicherzustellen, dass die Bedingungen für ein Outsourcing weiterhin erfüllt werden, ist vorgesehen, dass die Aufsichtsbehörden im Voraus über das Outsourcing kritischer oder wichtiger Funktionen oder Tätigkeiten unterrichtet werden.

Pensionsrückstellungen

Bilanzausweis für eine ungewisse Verpflichtung, die aus einer Direktzusage im Rahmen der betrieblichen Altersversorgung resultiert.

Risikomodul

Das SCR berechnet sich im Standardansatz auf Basis von Risikomodulen. In den Risikomodulen werden jeweils gleichartige Risiken zusammengefasst. Beispiele sind das versicherungstechnische Risiko Leben oder das Marktrisiko.

Solvabilitätsbeurteilung

Mit Einführung von Solvency II müssen Versicherungsunternehmen eine unternehmenseigene Risiko und Solvabilitätsbeurteilung (ORSA) durchführen. Beurteilt werden sollen die Aspekte: 1. der Gesamtkapitalbedarf mit Blick auf das eigene Risikoprofil; Grundlage bilden die Geschäftsstrategie und interne Anforderungen, zum Beispiel in Bezug auf die eigene Risikotoleranz oder das Erreichen einer bestimmten Rating-Einstufung; 2. die Einhaltung der Kapitalanforderungen und der Vorschriften für versicherungstechnische Rückstellungen; 3. die Angemessenheit der Methoden zur Abbildung der Risikoprofils bei der Bestimmung des Solvenzkapitals (SCR).

Solvabilitätskapitalanforderung (Solvency Capital Requirement, SCR)

Die Ermittlung der Solvabilitätskapitalanforderung wird in § 96 ff VAG geregelt. Diese entspricht nach § 97 VAG dem Value-at-Risk der Basiseigenmittel zu einem Konfidenzniveau von 99,5 % über einen Zeitraum von einem Jahr. Dies bedeutet, dass ein Versicherer, der über anrechnungsfähige Eigenmittel in Höhe der Solvabilitätskapitalanforderung verfügt, mit einer Wahrscheinlichkeit von wenigstens 99,5 % in der Lage ist, innerhalb des nächsten Jahres eintretende unerwartete Verluste auszugleichen.

Solvabilitätsübersicht

Bezeichnung im VAG 2016 für die Solvency II-Bilanz. Sie enthält auf der Aktivseite die Vermögensgegenstände und auf der Passivseite die Verbindlichkeiten, die jeweils nach aufsichtsrechtlichen Vorgaben anzusetzen und zu bewerten sind. Die Ansatz- und Bewertungsgrundsätze dieser Bilanz für Aufsichtszwecke können sich von handelsrechtlichen Ansätzen unterscheiden (HGB Bilanz). Die Solvency II-Richtlinie sieht im Wesentlichen eine Bewertung zu Marktwerten sowohl auf der Aktiv- als auch auf der Passivseite vor. Im VAG 2016 ist festgelegt, dass der Abschlussprüfer die Solvabilitätsübersicht auf Einzel- und auf Gruppenebene prüft (§36 VAG 2016).

Strategisches Risiko

Die Risiken, welche aus fehlerhaften Geschäftsentscheidungen, aus mangelhafter Umsetzung der strategischen Planung sowie aus unzureichender Analyse der Umwelt und der unzureichenden Anpassung an diese entstehen können.

Stresstests (extern)

Stresstests sind ein zusätzliches quantitatives Element der Aufsicht, sie sollen dazu dienen, die Widerstandsfähigkeit einzelner Unternehmen oder Teile des Marktes zu testen. Ziel ist es, Aussagen über die Finanzstabilität zu gewinnen. Herausforderung bei Stresstests ist die Interpretation der Ergebnisse vor dem Hintergrund, dass meist keine verlässlichen Aussagen über die Wahrscheinlichkeit der zugrunde gelegten Szenarien getroffen werden können.

Stresstests (intern)

Spezielle Szenarioanalysen, anhand derer man überprüft, wie sich bestimmte Krisenszenarien auf den Wert beispielsweise eines Wertpapierportfolios auswirken. Typische Krisenszenarien im Marktrisiko-Management sind beispielsweise ein Börsencrash oder Zins- und Wechselkursschocks. Allgemein gesprochen besteht die Zielsetzung von Stresstests darin, die hypothetischen Verluste zu bestimmen, die sich aus dem Eintritt bestimmter Risiken ergeben würden.

Value-at-Risk

Der Begriff Wert im Risiko oder englisch Value at Risk (VaR) bezeichnet ein Risikomaß. Der Value at Risk gibt an, welche Verlusthöhe innerhalb eines gegebenen Zeitraums mit einer gegebenen Wahrscheinlichkeit nicht überschritten wird.

Versicherungstechnisches Risiko

Unter Solvency II definiert als das Risiko eines Verlustes oder einer nachteiligen Veränderung des Wertes der Verbindlichkeiten, das sich aus einer unangemessenen Preisfestlegung und nicht angemessenen Rückstellungsannahmen ergibt. Versicherungstechnische Risiken werden für das Geschäft nach der Art der Lebensversicherung und nach Art der Nicht-Lebensversicherung bestimmt. Einen Spezialfall stellt das versicherungstechnische Risiko für das Krankenversicherungsgeschäft dar.

Zu veröffentlichende Meldebögen

Anhang I**S.02.01.02****Bilanz****Vermögenswerte**

Immaterielle Vermögenswerte

Latente Steueransprüche

Überschuss bei den Altersversorgungsleistungen

Immobilien, Sachanlagen und Vorräte für den Eigenbedarf

Anlagen (außer Vermögenswerten für indexgebundene und fondsgebundene Verträge)

Immobilien (außer zur Eigennutzung)

Anteile an verbundenen Unternehmen, einschließlich Beteiligungen

Aktien

Aktien – notiert

Aktien – nicht notiert

Anleihen

Staatsanleihen

Unternehmensanleihen

Strukturierte Schuldtitel

Besicherte Wertpapiere

Organismen für gemeinsame Anlagen

Derivate

Einlagen außer Zahlungsmitteläquivalenten

Sonstige Anlagen

Vermögenswerte für index- und fondsgebundene Verträge

Darlehen und Hypotheken

Policendarlehen

Darlehen und Hypotheken an Privatpersonen

Sonstige Darlehen und Hypotheken

Einforderbare Beträge aus Rückversicherungsverträgen von:

Nichtlebensversicherungen und nach Art der Nichtlebensversicherung betriebenen

Krankenversicherungen

Nichtlebensversicherungen außer Krankenversicherungen

nach Art der Nichtlebensversicherung betriebenen Krankenversicherungen

Lebensversicherungen und nach Art der Lebensversicherung betriebenen

Krankenversicherungen außer Krankenversicherungen und fonds- und indexgebundenen Versicherungen

nach Art der Lebensversicherung betriebenen Krankenversicherungen

Lebensversicherungen außer Krankenversicherungen und fonds- und indexgebundenen Versicherungen

Lebensversicherungen, fonds- und indexgebunden

Depotforderungen

Forderungen gegenüber Versicherungen und Vermittlern

Forderungen gegenüber Rückversicherern

Forderungen (Handel, nicht Versicherung)

Eigene Anteile (direkt gehalten)

In Bezug auf Eigenmittelbestandteile fällige Beträge oder ursprünglich eingeforderte, aber noch nicht eingezahlte Mittel

Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente

Sonstige nicht an anderer Stelle ausgewiesene Vermögenswerte

Vermögenswerte insgesamt

	Solvabilität-II-Wert
	C0010
R0030	0
R0040	2.261
R0050	0
R0060	908
R0070	1.188.120
R0080	13.989
R0090	6.139
R0100	5.955
R0110	0
R0120	5.955
R0130	985.787
R0140	470.802
R0150	514.985
R0160	0
R0170	0
R0180	175.883
R0190	367
R0200	0
R0210	0
R0220	2.974
R0230	58.708
R0240	2.750
R0250	40.393
R0260	15.565
R0270	-25.093
R0280	
R0290	
R0300	
R0310	-25.093
R0320	-386
R0330	-24.707
R0340	
R0350	0
R0360	4.072
R0370	26
R0380	1.411
R0390	0
R0400	
R0410	8.288
R0420	102
R0500	1.241.777

	Solvabilität-II-Wert
	C0010
Verbindlichkeiten	
Versicherungstechnische Rückstellungen – Nichtlebensversicherung	
Versicherungstechnische Rückstellungen – Nichtlebensversicherung (außer Krankenversicherung)	
Versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet	
Bester Schätzwert	
Risikomarge	
Versicherungstechnische Rückstellungen – Krankenversicherung (nach Art der Nichtlebensversicherung)	
Versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet	
Bester Schätzwert	
Risikomarge	
Versicherungstechnische Rückstellungen – Lebensversicherung (außer fonds- und indexgebundenen Versicherungen)	
Versicherungstechnische Rückstellungen – Krankenversicherung (nach Art der Lebensversicherung)	
Versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet	
Bester Schätzwert	
Risikomarge	
Versicherungstechnische Rückstellungen – Lebensversicherung (außer Krankenversicherungen und fonds- und indexgebundenen Versicherungen)	
Versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet	
Bester Schätzwert	
Risikomarge	
Versicherungstechnische Rückstellungen – fonds- und indexgebundene Versicherungen	
Versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet	
Bester Schätzwert	
Risikomarge	
Eventualverbindlichkeiten	
Andere Rückstellungen als versicherungstechnische Rückstellungen	
Rentenzahlungsverpflichtungen	
Depotverbindlichkeiten	
Latente Steuerschulden	
Derivate	
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	
Finanzielle Verbindlichkeiten außer Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	
Verbindlichkeiten gegenüber Versicherungen und Vermittlern	
Verbindlichkeiten gegenüber Rückversicherern	
Verbindlichkeiten (Handel, nicht Versicherung)	
Nachrangige Verbindlichkeiten	
Nicht in den Basiseigenmitteln aufgeführte nachrangige Verbindlichkeiten	
In den Basiseigenmitteln aufgeführte nachrangige Verbindlichkeiten	
Sonstige nicht an anderer Stelle ausgewiesene Verbindlichkeiten	
Verbindlichkeiten insgesamt	
Überschuss der Vermögenswerte über die Verbindlichkeiten	
R0510	
R0520	
R0530	
R0540	
R0550	
R0560	
R0570	
R0580	
R0590	
R0600	988.746
R0610	11.809
R0620	0
R0630	5.642
R0640	6.167
R0650	976.937
R0660	
R0670	976.937
R0680	0
R0690	2.674
R0700	
R0710	2.502
R0720	172
R0740	0
R0750	1.630
R0760	11.900
R0770	9.332
R0780	52.408
R0790	0
R0800	0
R0810	0
R0820	1.200
R0830	1.208
R0840	420
R0850	0
R0860	0
R0870	
R0880	0
R0900	1.069.517
R1000	172.259

Anhang I

S.12.01.02

Versicherungstechnische Rückstellungen in der Lebensversicherung und in der nach Art der Lebensversicherung betriebenen Krankenversicherung

	Versicherung mit Überschussbeteiligung	Index- und fondsgebundene Versicherung		Sonstige Lebensversicherung			Renten aus Nichtlebensversicherungsverträgen und im Zusammenhang mit anderen	In Rückdeckung übernommenes Geschäft	Gesamt (Lebensversicherung außer Krankenversicherung, einschl.)
		C0030	Verträge ohne Optionen und Garantien C0040	Verträge mit Optionen oder Garantien C0050	C0060	Verträge ohne Optionen und Garantien C0070			
Versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet	R0010								
Gesamthöhe der einforderbaren Beträge aus Rückversicherungsverträgen/gegenüber Zweckgesellschaften und Finanzrückversicherungen nach der Anpassung für erwartete Verluste aufgrund von Gegenparteausfällen bei versicherungstechnischen Rückstellungen als Ganzes berechnet	R0020								
Versicherungstechnische Rückstellungen berechnet als Summe aus bestem Schätzwert und Risikomarge									
Bester Schätzwert									
Bester Schätzwert (brutto)	R0030	1.157.797		2.502				0	1.160.298
Gesamthöhe der einforderbaren Beträge aus Rückversicherungsverträgen/gegenüber Zweckgesellschaften und Finanzrückversicherungen nach der Anpassung für erwartete Verluste aufgrund von Gegenparteausfällen	R0080	-24.707							-24.707
Bester Schätzwert abzüglich der einforderbaren Beträge aus Rückversicherungsverträgen/gegenüber Zweckgesellschaften und Finanzrückversicherungen – gesamt	R0090	1.182.504		2.502				0	1.185.006
Risikomarge	R0100	18.105	172						18.277
Betrag bei Anwendung der Übergangsmaßnahme bei versicherungstechnischen Rückstellungen									
Versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet	R0110								
Bester Schätzwert	R0120	-180.859							-180.859
Risikomarge	R0130	-18.105							-18.105
Versicherungstechnische Rückstellungen – gesamt	R0200	976.937	2.674					0	979.611

	Krankenversicherung			Renten aus Nichtlebensversicherungsverträgen und im Zusammenhang mit	Krankenrückversicherung (in Rückdeckung übernommen)	Gesamt (Krankenversicherung nach Art der Lebensversicherung)
	C0160	Verträge ohne Optionen und Garantien C0170	Verträge mit Optionen oder Garantien C0180			
Versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet	R0010					
Gesamthöhe der einforderebaren Beträge aus Rückversicherungsverträgen/gegenüber Zweckgesellschaften und Finanzrückversicherungen nach der Anpassung für erwartete Verluste aufgrund von Gegenparteausfällen bei versicherungstechnischen Rückstellungen als Ganzes berechnet	R0020					
Versicherungstechnische Rückstellungen berechnet als Summe aus bestem Schätzwert und Risikomarge						
Bester Schätzwert	R0030		5.642			5.642
Gesamthöhe der einforderebaren Beträge aus Rückversicherungsverträgen/gegenüber Zweckgesellschaften und Finanzrückversicherungen nach der Anpassung für erwartete Verluste aufgrund von Gegenparteausfällen	R0080		-386			-386
Bester Schätzwert abzüglich der einforderebaren Beträge aus Rückversicherungsverträgen/gegenüber Zweckgesellschaften und Finanzrückversicherungen – gesamt	R0090		6.028			6.028
Risikomarge	R0100	6.167				6.167
Betrag bei Anwendung der Übergangsmaßnahme bei versicherungstechnischen Rückstellungen						
Versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet	R0110					
Bester Schätzwert	R0120					
Risikomarge	R0130					
Versicherungstechnische Rückstellungen – gesamt	R0200	11.809				11.809

Anhang I

S.22.01.21

Auswirkung von langfristigen Garantien und Übergangsmaßnahmen

		Betrag mit langfristigen Garantien und Übergangsmaßnahmen	Auswirkung der Übergangsmaßnahme bei versicherungstechnischen Rückstellungen	Auswirkung der Übergangsmaßnah me bei Zinssätzen	Auswirkung einer Verringerung der Volatilitätsanpassung auf null	Auswirkung einer Verringerung der Matching-Anpassung auf null
		C0010	C0030	C0050	C0070	C0090
Versicherungstechnische Rückstellungen	R0010	991.420	198.964	0	2.170	0
Basiseigenmittel	R0020	172.259	-143.950	0	-2.350	0
Für die Erfüllung der SCR anrechnungsfähige Eigenmittel	R0050	172.259	-144.680	0	-2.765	0
SCR	R0090	71.374	3.402	0	4.271	0
Für die Erfüllung der MCR anrechnungsfähige Eigenmittel	R0100	172.259	-148.817	0	-2.350	0
Mindestkapitalanforderung	R0110	27.865	4.802	0	490	0

Anhang I
S.23.01.01
Eigenmittel

Basiseigenmittel vor Abzug von Beteiligungen an anderen Finanzbranchen im Sinne von Artikel 68 der Delegierten Verordnung (EU) 2015/35

Grundkapital (ohne Abzug eigener Anteile)
 Auf Grundkapital entfallendes Emissionsagie
 Gründungsstock, Mitgliederbeiträge oder entsprechender Basiseigenmittelbestandteil bei Versicherungsvereinen auf Gegenseitigkeit
 Nachrangige Mitgliederkonten von Versicherungsvereinen auf Gegenseitigkeit
 Überschussfonds
 Vorzugsaktien
 Auf Vorzugsaktien entfallendes Emissionsagie
 Ausgleichsrücklage
 Nachrangige Verbindlichkeiten
 Betrag in Höhe des Werts der latenten Netto-Steueransprüche
 Sonstige, oben nicht aufgeführte Eigenmittelbestandteile, die von der Aufsichtsbehörde als Basiseigenmittel genehmigt wurden

Im Jahresabschluss ausgewiesene Eigenmittel, die nicht in die Ausgleichsrücklage eingehen und die die Kriterien für die Einstufung als Solvabilität-II-Eigenmittel nicht erfüllen

Im Jahresabschluss ausgewiesene Eigenmittel, die nicht in die Ausgleichsrücklage eingehen und die die Kriterien für die Einstufung als Solvabilität-II-Eigenmittel nicht erfüllen

Abzüge

Abzug für Beteiligungen an Finanz- und Kreditinstituten

Gesamtbetrag der Basiseigenmittel nach Abzügen

Ergänzende Eigenmittel

Nicht eingezahltes und nicht eingefordertes Grundkapital, das auf Verlangen eingefordert werden kann
 Gründungsstock, Mitgliederbeiträge oder entsprechender Basiseigenmittelbestandteil bei Versicherungsvereinen auf Gegenseitigkeit und diesen ähnlichen Unternehmen, die nicht eingezahlt und nicht eingefordert wurden, aber auf Verlangen eingefordert werden können
 Nicht eingezahlte und nicht eingeforderte Vorzugsaktien, die auf Verlangen eingefordert werden können
 Eine rechtsverbindliche Verpflichtung, auf Verlangen nachrangige Verbindlichkeiten zu zeichnen und zu begleichen
 Kreditbriefe und Garantien gemäß Artikel 96 Absatz 2 der Richtlinie 2009/138/EG
 Andere Kreditbriefe und Garantien als solche nach Artikel 96 Absatz 2 der Richtlinie 2009/138/EG
 Aufforderungen an die Mitglieder zur Nachzahlung gemäß Artikel 96 Absatz 3 Unterabsatz 1 der Richtlinie 2009/138/EG
 Aufforderungen an die Mitglieder zur Nachzahlung – andere als solche gemäß Artikel 96 Absatz 3 Unterabsatz 1 der Richtlinie 2009/138/EG
 Sonstige ergänzende Eigenmittel

Ergänzende Eigenmittel gesamt

	Gesamt	Tier 1 – nicht gebunden	Tier 1 – gebunden	Tier 2	Tier 3
	C0010	C0020	C0030	C0040	C0050
R0010	1.534	1.534			
R0030					
R0040					
R0050					
R0070	29.624	29.624			
R0090					
R0110					
R0130	141.101	141.101			
R0140					
R0160	0				0
R0180					
R0220					
R0230					
R0290	172.259	172.259			0
R0300	0			0	
R0310					
R0320					
R0330					
R0340					
R0350					
R0360					
R0370					
R0390					
R0400	0			0	

Zur Verfügung stehende und anrechnungsfähige Eigenmittel

- Gesamtbetrag der zur Erfüllung der SCR zur Verfügung stehenden Eigenmitte
- Gesamtbetrag der zur Erfüllung der MCR zur Verfügung stehenden Eigenmitte
- Gesamtbetrag der zur Erfüllung der SCR anrechnungsfähigen Eigenmitte
- Gesamtbetrag der zur Erfüllung der MCR anrechnungsfähigen Eigenmitte

SCR**MCR****Verhältnis von anrechnungsfähigen Eigenmitteln zur SCR****Verhältnis von anrechnungsfähigen Eigenmitteln zur MCR**

R0500	172.259	172.259		0	0
R0510	172.259	172.259			
R0540	172.259	172.259	0	0	0
R0550	172.259	172.259	0	0	
R0580	71.374				
R0600	27.865				
R0620	2.4135				
R0640	6,182				

Ausgleichsrücklage

- Überschuss der Vermögenswerte über die Verbindlichkeiten
- Eigene Anteile (direkt und indirekt gehalten)
- Vorhersehbare Dividenden, Ausschüttungen und Entgelte
- Sonstige Basiseigenmittelbestandteile
- Anpassung für gebundene Eigenmittelbestandteile in Matching-Adjustment-Portfolios und Sonderverbände

Ausgleichsrücklage**Erwartete Gewinne**

- Bei künftigen Prämien einkalkulierter erwarteter Gewinn (EPIFP) – Lebensversicherung
- Bei künftigen Prämien einkalkulierter erwarteter Gewinn (EPIFP) – Nichtlebensversicherung

Gesamtbetrag des bei künftigen Prämien einkalkulierten erwarteten Gewinns (EPIFP)

	C0060	
R0700	172.259	
R0710		
R0720		
R0730	31.158	
R0740		
R0760	141.101	
R0770	12.668	
R0780		
R0790	12.668	

Anhang I

S.25.01.21

Solvenzkapitalanforderung – für Unternehmen, die die Standardformel verwenden

Marktrisiko
 Gegenparteausfallrisiko
 Lebensversicherungstechnisches Risiko
 Krankenversicherungstechnisches Risiko
 Nichtlebensversicherungstechnisches Risiko
 Diversifikation
 Risiko immaterieller Vermögenswerte
Basissolvenzkapitalanforderung

Berechnung der Solvenzkapitalanforderung

Operationelles Risiko
 Verlustausgleichsfähigkeit der versicherungstechnischen Rückstellungen
 Verlustausgleichsfähigkeit der latenten Steuern
 Kapitalanforderung für Geschäfte nach Artikel 4 der Richtlinie 2003/41/EG

Solvenzkapitalanforderung ohne Kapitalaufschlag

Kapitalaufschlag bereits festgesetzt

Solvenzkapitalanforderung

Weitere Angaben zur SCR

Kapitalanforderung für das durationsbasierte Untermodul Aktienrisiko
 Gesamtbetrag der fiktiven Solvenzkapitalanforderung für den übrigen Teil
 Gesamtbetrag der fiktiven Solvenzkapitalanforderungen für Sonderverbände
 Gesamtbetrag der fiktiven Solvenzkapitalanforderungen für Matching-Adjustment-Portfolios
 Diversifikationseffekte aufgrund der Aggregation der fiktiven Solvenzkapitalanforderung für Sonderverbände nach Artikel 304

	Brutto- Solvenzkapitalanforderung	Vereinfachungen	USP
	C0110	C0120	C0090
R0010	120.286		
R0020	1.976		
R0030	38.098		
R0040	19.093		
R0050			
R0060	-37.090		
R0070			
R0100	142.364		

	C0100
R0130	4.453
R0140	-69.803
R0150	-5.639
R0160	
R0200	71.374
R0210	
R0220	71.374
R0400	
R0410	
R0420	
R0430	
R0440	

Anhang I

S.28.01.01

Mindestkapitalanforderung – nur Lebensversicherungs- oder nur Nichtlebensversicherungs- oder Rückversicherungstätigkeit
Bestandteil der linearen Formel für Nichtlebensversicherungs- und Rückversicherungsverpflichtungen

MCR _{NL} -Ergebnis	C0010		
	R0010		
		Bester Schätzwert (nach Abzug der Rückversicherung/Zweckgesellschaft) und versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet	Gebuchte Prämien (nach Abzug der Rückversicherung) in den letzten zwölf Monaten
		C0020	C0030
Krankheitskostenversicherung und proportionale Rückversicherung	R0020		
Einkommensersatzversicherung und proportionale Rückversicherung	R0030		
Arbeitsunfallversicherung und proportionale Rückversicherung	R0040		
Kraftfahrzeughaftpflichtversicherung und proportionale Rückversicherung	R0050		
Sonstige Kraftfahrtversicherung und proportionale Rückversicherung	R0060		
See-, Luftfahrt- und Transportversicherung und proportionale Rückversicherung	R0070		
Feuer- und andere Sachversicherungen und proportionale Rückversicherung	R0080		
Allgemeine Haftpflichtversicherung und proportionale Rückversicherung	R0090		
Kredit- und Kautionsversicherung und proportionale Rückversicherung	R0100		
Rechtsschutzversicherung und proportionale Rückversicherung	R0110		
Beistand und proportionale Rückversicherung	R0120		
Versicherung gegen verschiedene finanzielle Verluste und proportionale Rückversicherung	R0130		
Nichtproportionale Krankenrückversicherung	R0140		
Nichtproportionale Unfallrückversicherung	R0150		
Nichtproportionale See-, Luftfahrt- und Transportrückversicherung	R0160		
Nichtproportionale Sachrückversicherung	R0170		

Bestandteil der linearen Formel für Lebensversicherungs- und Rückversicherungsverpflichtungen

	C0040
MCR _L -Ergebnis	R0200 27.865

	Bester Schätzwert (nach Abzug der Rückversicherung/Zweckgesellschaft) und versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet	Gesamtes Risikokapital (nach Abzug der Rückversicherung/ Zweckgesellschaft)
	C0050	C0060
Verpflichtungen mit Überschussbeteiligung – garantierte Leistungen	R0210 894.770	
Verpflichtungen mit Überschussbeteiligung – künftige Überschussbeteiligungen	R0220 125.178	
Verpflichtungen aus index- und fondsgebundenen Versicherungen	R0230 2.502	
Sonstige Verpflichtungen aus Lebens(rück)- und Kranken(rück)versicherungen	R0240 0	
Gesamtes Risikokapital für alle Lebens(rück)versicherungsverpflichtungen	R0250 	1.785.555

Berechnung der Gesamt-MCR

	C0070
Lineare MCR	R0300 27.865
SCR	R0310 71.374
MCR-Obergrenze	R0320 32.118
MCR-Untergrenze	R0330 17.843
Kombinierte MCR	R0340 27.865
Absolute Untergrenze der MCR	R0350 3.700
	C0070
Mindestkapitalanforderung	R0400 27.865